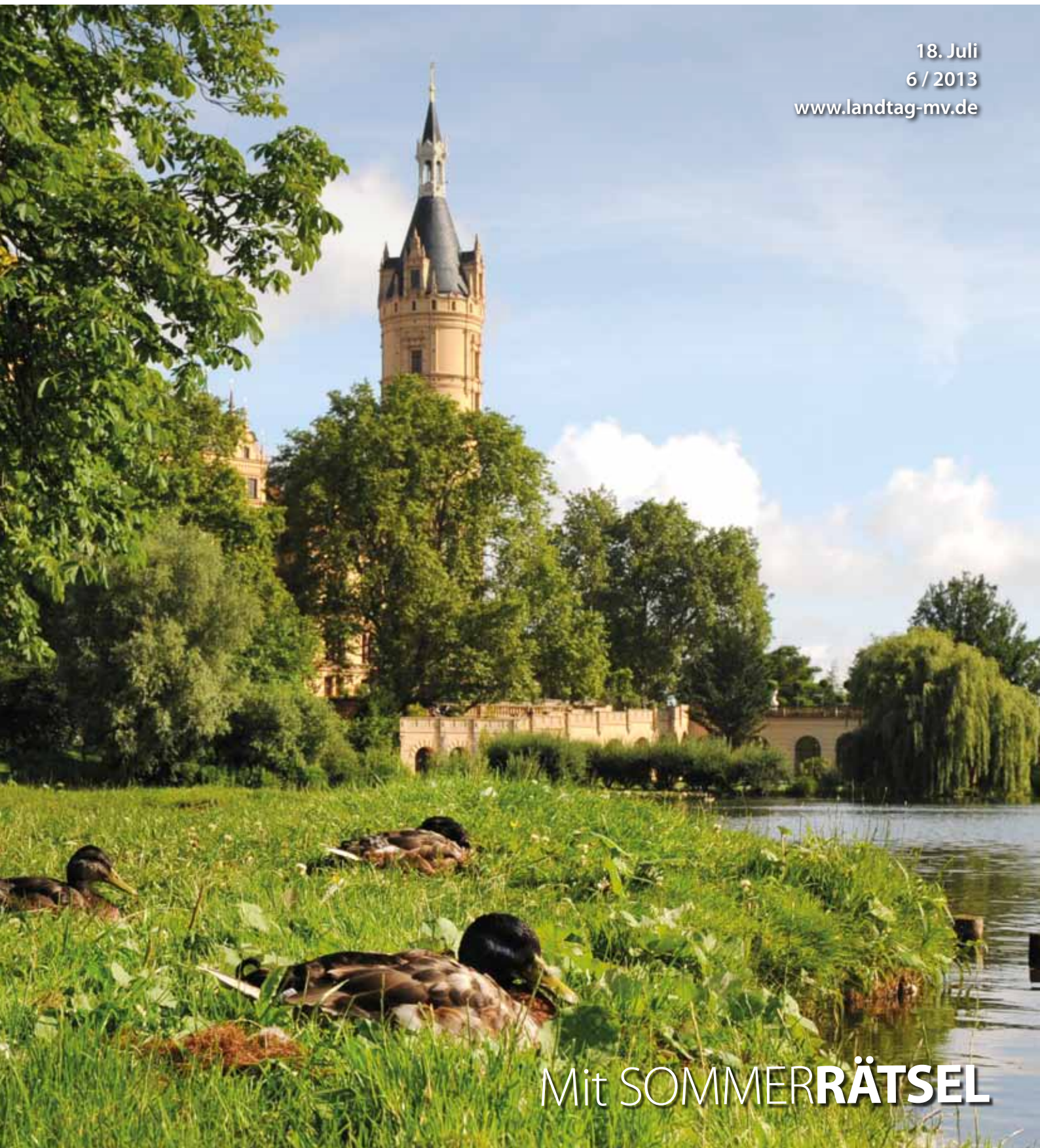


LANDTAGS NACHRICHTEN

18. Juli
6 / 2013
www.landtag-mv.de



Mit **SOMMERRÄTSEL**

+++ Gedenkveranstaltung zum Volksaufstand am 17. Juni 1953 und Präsentation von Jugendprojekten +++ Aktuelle Stunde zum Elbe-Hochwasser +++ Kita-Gesetz +++ Abgeordneten-Gesetz +++ Wikipedianer im Landtag +++ Sommergäste im Landtag +++ Zeitenwandel: Dampfmaschinen und Roboter im Schloss +++



Titelfoto (Cornelius Kettler): Sommerrast am Schweriner Schloss

3	GASTKOLUMNE	„Nach dem Hochwasser ist vor dem Hochwasser“ Kathrin Neumann, SVZ, zum Elbe-Hochwasser in M-V
4 – 5	SPEZIAL	Gedenkveranstaltung zum 17. Juni 1953 / Präsentation von Jugendprojekten im Plenarsaal
6 – 19	AUS DEM PLENUM	
6 – 7	Aktuelle Stunde	„Hochwasser in Mecklenburg-Vorpommern – Das Wasser geht, die Hilfe bleibt“
	Berichte	
8 – 9		Kindertagesförderungsgesetz
10		Verfassungsschutzgesetz und Sicherheits- und Ordnungsgesetz (Bestandsdatenauskunft)
11 – 13		Bericht der Unterkommission des Ältestenrates zur Überprüfung einzelner Festlegungen im Abgeordnetengesetz
13 – 14		Besserer Bodenschutz in der Landwirtschaft
14 – 15		Barrierefreie Beipackzettel
16		Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen
17 – 18	Weitere Beschlüsse	Wahl der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR Nachwahl für die Stasi-Überprüfungskommission des Landtages Sozialhilfefinanzierungsgesetz Aufgabenzuordnungsgesetz Unterrichtung der Landesregierung zu den europapolitischen Schwerpunkten 2013 Sicherheits- und Ordnungsgesetz Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung Immunitätsangelegenheiten Zwischenbilanz der Arbeit des Landtages in der 6. Wahlperiode
19		
20 – 21	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Verkehrsausschuss:</i> Unterrichtungsfahrt Güstrow und Gülzow <i>Bildungsausschuss:</i> Unterrichtungsfahrt Grundschule Behrenhoff Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
22 – 24	PANORAMA	Wikipedianer im Landtag M-V / Sommergäste im Parlament
25	SCHLOSSGESCHICHTEN	Zeitenwandel: von Dampfmaschinen und Robertern hinter historischen Mauern
26 – 27	SOMMERRÄTSEL	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Nach dem Hochwasser ist vor dem Hochwasser

Als für die Elbe bei Dömitz Pegelstände jenseits aller Rekorde geschätzt wurden, konnte ich es nicht fassen. Schon wieder eine Jahrhundertflut? Die Extremflut von 2002 war doch erst elf Jahre her. Und deren Spitzenwerte waren in Dömitz vor gut zwei Jahren schon wieder hinweggespült worden. Doch 2011 hatte die Rekordflut – dank sanierter Deiche – die Region für Außenstehende unbemerkt passiert. Nun die dritte „Jahrhundertflut“ innerhalb von elf Jahren.

Die Schätzungen der Hydrologen schwangen sich bis auf einen möglichen Pegelstand von 7,90 Metern für Dömitz hinauf. Zehn Zentimeter über Deichoberkante. Die Elbe wäre übergelaufen. Landrat Rolf Christiansen rief den Katastrophenalarm aus. Doch nicht alle waren – zunächst – so beunruhigt wie er. „Wir haben schon so viele Hochwasser erlebt...“, war in den ersten Tagen in Dömitz immer wieder zu hören. Manchmal warf man einen Blick auf das steigende Wasser, das die Hafengastronomie schon erreicht hatte. Und auf die Skipper, die vor ihren Booten saßen und mit Elbe und Schwimmsteg nach oben kletterten. Urlaubsidyll inmitten der nahenden Katastrophe.

Die Deiche an Müritz-Elde-Wasserstraße und Elbe sollten mit mehr als einer Million Sandsäcken erhöht werden. Eine Million Säcke in zwei, drei Tagen? Die Bundeswehr war sofort zur Stelle. Vor allem in Neu Kaliß und Heiddorf bot sich ob der vielen Helfer in Dunkelgrün ein Bild, das einem die Gänsehaut über den Rücken jagte. Aber dieses Bild gab auch ein Stück Hoffnung: So musste es doch zu schaffen sein.

Unsere Redaktion erreichten in diesen Tagen Anrufe irritierter Bürger: Feuerwehrleute standen bereit, wurden aber nicht geholt. Helfer mussten hungern. Sandsäcke wurden auf Befehl ausgeleert statt verbaut. Chaos im Krisenmanagement? Ich glaube nicht. Sicher lief nicht alles bis ins letzte Detail perfekt. Aber ist es überhaupt möglich, einen Katastropheneinsatz perfekt zu organisieren? Da sind plötzlich 2.500 Helfer in der Region, um an unzähligen Stellen zu ackern. Sie brauchen eine Aufgabe, Essen, Trinken, Mückenspray und Pausen. Nicht alles klappte von Anfang an, wurde aber zumeist schnell organisiert, wenn der Krisenstab es erfuhr.



Foto: privat

Kathrin Neumann ist Redakteurin der Schweriner Volkszeitung in der Lokalredaktion Ludwigslust, die über das Hochwasser in der Region Dömitz berichtete.

Die Tage des Hochwassers zeigten auch, dass die Menschen in kritischen Situationen doch zusammenstehen. Firmen stellten Mitarbeiter frei. Einwohner boten Unterkunft an. Wer nicht selbst schaufeln konnte, ging mit Kaffee und Kuchen zu den Helfern. Einer war immer mittendrin: Burkhard Thees, Dömitz-Mallisser Amtsvorsteher. Er entschied, er beruhigte, er motivierte. Wie von Geisterhand gelenkt, war er irgendwie immer dort, wo es gerade „brannte“. Es schien, als wäre er rund um die Uhr da. Und das im Ehrenamt.

„ Wichtig ist,
dass es nicht beim Schulterklopfen
für die Helfer bleibt. „

Die Region wurde zum Sperrgebiet. Polizei und Bundeswehr wachten an Straßen und Deichzufahrten, dass kein Nicht-Helfer passiert. Auch der Presseausweis half da wenig. Einfacher hatte es die Politprominenz, die sich von Zeit zu Zeit sehen ließ. Aber auch sie wurde ausgebremst. So hatten Ministerpräsident und Innenminister offenbar erwartet, in schweren Limousinen über den Deich fahren zu können. Sie konnten nicht. Wenigstens durften sie in leichtere Vehikel steigen, um zu den Helfern zu rollen. Sand schaufeln oder Säcke wuchten wollten sie im feinen Zwirn offenbar nicht. Das wurde ihnen hier und da zum Vorwurf gemacht. Aber mal ehrlich: Was bringt es, wenn zwei Büromenschen für ein, zwei Stunden anpacken? Wichtiger ist, dass es nicht beim Schulterklopfen für die Helfer bleibt, sondern jetzt etwas geschieht. Schwachstellen in den Deichen müssen beseitigt werden. Die Kommunen dürfen mit den Kosten für die Flutabwehr nicht allein gelassen werden. Da können die Politiker wirklich etwas bewegen. Das nächste Hochwasser kommt und vielleicht sogar die nächste Jahrhundertflut, die den Rekordpegel von 7,21 Meter in Dömitz einfach wegspült.

Kathrin Neumann

Gedenken an DDR-Volksaufstand lebendig halten

Festakt des Landtages zum 60. Jahrestag der Proteste am 17. Juni 1953

Kundgebungen und Streiks auf den Werften in Rostock, Warnemünde, Stralsund und Wismar. Demonstrationen von Bauern in Muchow bei Ludwigslust. Gefangenenbefreiung in Teterow. Die Protestwelle im Juni 1953 erfasst auch den eher ländlich geprägten Nordosten der DDR. In den drei Nordbezirken Rostock, Schwerin und Neubrandenburg gehen Menschen auf die Straße, um sich gegen den Unterdrückungsapparat der SED aufzulehnen. In rund 70 Städten und Gemeinden kommt es zu Protestaktionen. 60 Jahre später – am 17. Juni 2013 – erinnerte der Landtag in Schwerin an die Frauen und Männer des Volksaufstandes, die vielerorts in Vergessenheit geraten sind.

Mit einem Festakt im Konzertfoyer des Mecklenburgischen Staatstheaters gedachte das Parlament der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, die am 17. Juni 1953 für Freiheit und Demokratie auf die Straße gegangen waren. Der Landtag setzte damit seinen Beschluss vom Oktober 2012 um, mit einer zentralen Gedenkveranstaltung ins Gedächtnis zu rufen, dass „der 17. Juni 1953 gezeigt hat, dass es zu jeder Zeit mutige Menschen gab, die sich gegen Unterdrückung und Freiheitsentzug auflehnten“. Zu der Gedenkfeier begrüßte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider rund 200 Gäste aus Politik und Gesellschaft. Unter den Gästen auch Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Teilen des Landes, die sich im Rahmen von Projekten mit diesem historischen Ereignis auseinandergesetzt hatten.

„Im kollektiven Gedächtnis scheinen die mutigen Frauen und Männer vom 17. Juni heute nur noch eine untergeordnete Rolle zu spielen, auf regionaler Ebene ist die Erinnerung fast ganz verschwunden“, sagte Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** auf der Veranstaltung. Die Erinnerung aufrechtzuerhalten, sei aber wichtig. Das habe eine Umfrage zum 50. Jahrestag des ersten DDR-Volksaufstandes gezeigt: Als Folge der zahlreichen Gedenkfeiern und einer umfangreichen Medienberichterstattung rund um den 17. Juni 2003 wussten fast 70 Prozent der Bundesbürger über den Volksaufstand Bescheid. Davor seien es nur 52 Prozent gewesen. „Der größte Informationszuwachs wurde seinerzeit gerade bei den jungen Menschen gemessen“, betonte die Präsidentin. Dies zeigt ihrer Überzeugung nach die Bedeutung einer lebendigen Erinnerungskultur. Der Volksaufstand, niedergewalzt von sowjetischen Panzern, habe mehr als 50 Todesopfer und unzählige Verletzte gefordert. „In den Tagen und Wochen danach wurden etwa 15.000 Menschen verhaftet,



Gastredner Dr. Stefan Wolle

Foto: Angelika Lindenbeck

bis 1955 gab es 1.800 politische Urteile im Zusammenhang mit dem Juni-Aufstand. Vermeintliche Anführer wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet oder verschwanden in sowjetischen Konzentrationslagern, Abertausende verbrachten Jahre in Gefängnissen und Zuchthäusern der DDR“, sagte Sylvia Bretschneider. Sie zollte den Aufständischen von 1953 Dank und Anerkennung. Sie hätten den nachfolgenden Generationen auch die Risiken von Demonstrationen in einer Diktatur vor Augen geführt. „Ohne die überlieferten Bilder rollender Panzer hätten sich die Montagsdemonstrationen im Spätherbst 1989 vielleicht nicht in der Friedlichkeit ereignen können“, meinte sie. SED-Machthaber, sowjetische Besatzer und auch die Bevölkerung hätten gelernt, dass sich mit Gewalt politische Missstände nicht auf Dauer lösen lassen.

Gastredner **Dr. Stefan Wolle**, Historiker und wissenschaftlicher Leiter des DDR-Museums Berlin, ordnete die Ereignisse um den 17. Juni 1953 geschichtlich ein. In den Monaten vor dem Volksaufstand habe die SED alles getan, um das eige-



Dokumentation

Eine Dokumentation der Veranstaltung mit den Reden von Sylvia Bretschneider und Dr. Stefan Wolle können Sie auf der Internetseite des Landtages herunterladen. Auf Wunsch schickt der Landtag die Publikation auch gern kostenlos zu. www.landtag-mv.de, Tel. 0385/525-2113



Im Konzertfoyer des Mecklenburgischen Staatstheaters Schwerin gedachte der Landtag der Ereignisse des 17. Juni 1953.

Foto: Angelika Lindenbeck

ne Volk zu verbittern, zu provozieren. „Im Grunde war es die Kriegserklärung gegen das eigene Volk“, sagte er. Bei den Protesten sei es nur vordergründig um die Normerhöhung gegangen. Am 17. Juni habe längst das Verlangen nach Neuwahlen, nach Freiheit und nach Demokratie den Widerstand bestimmt. Der Historiker zog in seiner Rede auch einen roten Faden bis in die jüngere Vergangenheit: „Man kann ohne Übertreibung sagen: das, was die Arbeiter, die Streikenden, die Demonstrierenden im Juni 1953 wollten, wurde

im Herbst 1989 vollendet, und darauf können wir stolz sein und darüber können wir glücklich sein“, sagte Stefan Wolle. Während der Gedenkstunde gedachten die Gäste der Opfer des Volksaufstandes mit einer Schweigeminute. Zahlreiche Besucher nutzten nach der Veranstaltung die Gelegenheit, sich im Plenarsaal des Landtages anzuschauen, wie Schüler aus Rostock, Schwerin, Neubrandenburg und Ludwigslust heute den Volksaufstand sehen. Rund 100 Jugendliche stellten ihre Projektarbeiten zum 60. Jahrestag vor.



Foto: Landtag M-V

In zahlreichen Schulen Mecklenburg-Vorpommerns haben sich Schülerinnen und Schüler in verschiedensten Projekten mit den Ereignissen des 17. Juni 1953 auseinandergesetzt. Dabei wurden sie auch von Abgeordneten des Landtages und des Bundestages sowie von Zeitzeugen unterstützt.

Präsentierte Schulprojekte zum 17. Juni

Goethe-Gymnasium Ludwigslust

Die Schülerinnen und Schüler erstellten schriftliche Facharbeiten und recherchierten dafür die Schicksale von Menschen aus ihrer Region.

Pädagogium Schwerin

Die Schüler sprachen mit den Zeitzeugen Siegfried Bodecker, Klaus Janker, Dieter Angrick und Joachim Wilbrecht über die Geschehnisse in Schwerin, dokumentierten die Gespräche in Videos und erstellten eine interaktive Panorama von Schwerin zu den Ereignissen am 17. Juni 1953.

Erasmus-Gymnasium Rostock

In einer szenischen Darstellung stellten die Schüler die Ereignisse auf der

Rostocker Warnow-Werft nach und zeigten in fiktiven Redaktionssitzungen von Zeitungen der DDR und der BRD die gegensätzliche Bewertung der Ereignisse und die daraus resultierende Medienberichterstattung.

Hundertwasser-Gesamtschule Rostock

Die Schüler sammelten Originalzitate von Politikern und Demonstranten, komplettierten diese durch Fotos und Texte und erstellten so Unterrichtsmaterial, das auch von anderen Schülern genutzt werden kann.

Albert-Einstein-Gymnasium Neubrandenburg

Die Schüler recherchierten in Archiven, befragten Zeitzeugen, erstellten einen Internet-Blog und präsentierten ihre Arbeit mit einem Video.

Nach der Flut ist vor der Flut

Landtag dankt Helfern und verspricht Unterstützung für die Hochwasser-Opfer

Nach sechs Tagen Katastrophenalarm sind die Menschen in der Hochwasserregion Mecklenburg-Vorpommerns Mitte Juni zur Normalität zurückgekehrt. Die Deiche hatten dem Rekordhochwasser der Elbe standgehalten, Überschwemmungen gab es nicht. Dass Mecklenburg-Vorpommern relativ glimpflich davorkam, sei vielen Helfern zu verdanken, sagten Redner aller Fraktion am 19. Juni in der Aktuellen Stunde im Landtag. Die SPD-Fraktion hatte das Thema „Hochwasser in Mecklenburg-Vorpommern: Das Wasser geht, die Hilfe bleibt“ auf die Tagesordnung gesetzt.

„Wir haben das Elbhochwasser zum Thema gemacht, um uns vonseiten des Parlaments bei den vielen tausend Helfern zu bedanken, die unermüdlich gegen die Fluten angekämpft haben“, begründete SPD-Fraktionschef **Dr. Norbert Nieszery** die Wahl des Themas. Er lobte Umweltminister Backhaus, der in den letzten Jahren konsequent für eine Verstärkung und Erhöhung der Deiche gesorgt habe. „Die aktuelle Hochwasserlage hat gezeigt, dass diese Maßnahmen notwendig und richtig waren. Jeder einzelne in die Hand genommene Cent der über 100 Millionen Euro Gesamtausgaben war und ist gut angelegt“, sagte Nieszery. Er schloss sich ausdrücklich der Forderung nach einer „vierten nationalen Gemeinschaftsaufgabe für Bund und Länder“, nämlich dem Klimafolgen- und Hochwasserschutz, vorbehaltlos an. Die immer kürzeren Abstände zwischen den Hochwasserkatastrophen und deren verheerende Ausmaße würden ein gemeinsames Vorgehen unumgänglich machen. Er versprach, den Opfern der Flutkatastrophe Hilfe zu leisten.

Nach Auffassung von Ministerpräsident **Erwin Sellering** muss der Bund künftig eine Führungsrolle beim Hochwasserschutz an den Flüssen übernehmen. Nach dem Hochwasser der letzten Wochen sei klar geworden, dass die Deiche erhöht und verstärkt werden sowie die Flüsse mehr Raum bekommen müssen, betonte er. Mehr Polderflächen müssten geschaffen werden, um sie im Hochwasserfall fluten zu können. „Da kann nicht jedes Land seine eigenen Planungen machen, ohne Rücksicht auf die Nachbarn flussaufwärts, flussabwärts“, sagte er. Der Hochwasserschutz sei eine Aufgabe des Gesamtstaates. Sellering forderte zudem Planungerleichterungen. „Hochwasser-Schutzmaßnahmen sollten Vorrang haben“,

sagte er. Auch dazu brauche es Vorgaben des Bundes. Die Projekte dürften sich nicht jahrelang im Gestrüpp von Verfahren verfangen. M-V werde sich entsprechend seinem Bevölkerungsanteil mit 80 bis 100 Millionen Euro am Fluthilfefonds von Bund und Ländern beteiligen, versprach er.

Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE) sagte, der Hochwasserschutz sei nicht nur eine nationale, sondern eine nationenübergreifende Aufgabe. Die Flüsse und ihre Zuflüsse müssten als Gesamtwasserkörper begriffen werden. „Schon den Zuflüssen muss mehr Raum gegeben werden“, betonte sie. Mit den Worten „bekanntlich ist nach der Flut vor der Flut“ forderte sie, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und mehr in den vorbeugenden Hochwasserschutz zu investieren. Jetzt stünde aber erst einmal die Hilfe für die Flutopfer im Vordergrund. „Die betroffenen Menschen müssen schnell und unbürokratisch Hilfe erhalten. Ich kann deshalb nur hoffen, dass der Bundestag noch vor der Sommerpause über die Gewährung der Hilfen eine Entscheidung trifft“, unterstrich sie. Sie pflichtete dem Ministerpräsidenten bei, der eine vorbehaltlose Beteiligung am Fluthilfefonds versprach, und fügte hinzu: „Meine Fraktion fordert eine schnelle und solidarische Einigung der Bundesländer untereinander und mit dem Bund im Sinne der Menschen, die auf diese Hilfen existenziell angewiesen sind.“

Der Grünen-Abgeordnete **Johann-Georg Jaeger** verlangte eine Umstellung der Landwirtschaft in Überflutungsgebieten. Es müsse mehr Grünland und Wälder geben. „Die Polderflächen, die wir zurzeit besitzen, reichen hinten und vorne nicht aus“, betonte er. Die Entschädigung der Landwirte, die

Fotos: Uwe Balewski



Dr. Norbert Nieszery (SPD)



Ministerpräsident Erwin Sellering

Land dafür hergeben müssen, sollte deutschlandweit solidarisch erfolgen. Das könne nicht nur Sache der Bundesländer sein, die am meisten betroffen sind, wie Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Schließlich profitiere auch Mecklenburg-Vorpommern von einem besseren Hochwasserschutz dort. Zudem müssen seiner Ansicht nach Deiche erhöht werden, insbesondere dort, wo Menschenleben direkt gefährdet seien. In den Augen vieler Experten sei die hohe Hochwasser-Frequenz kein Zufall, sondern eine Folge des Klimawandels. Jaeger forderte mehr „Demut“ vor mächtigen Flüssen wie der Elbe. Man müsse mit dem Fluss leben, statt ihn zu bekämpfen. „Das ist ein aussichtsloser Kampf“, sagte er.

Für den NPD-Abgeordneten **Stefan Köster** war der Einsatz im Hochwassergebiet „gelebte Volksgemeinschaft“. Er sei selbst „viele Tage Sand schippen oder auch Sandsäcke schleppen“ gewesen und habe „aus eigenem Erleben“ die Erfahrung gemacht, „wie selbstlos vor allem Deutsche für die Gemeinschaft tätig waren“. Nach Migrant*innen hätte man in allen Hochwassergebieten vergeblich gesucht. Diese hätten auch auf Aufforderung Mithilfe verweigert. Er kritisierte auch mangelnde Kommunikation bei den „örtlichen Verantwortlichen“. (Anm. d. Red.: Die Landtagspräsidentin musste den Abgeordneten mehrfach ermahnen, „diffamierende Äußerungen“ zu unterlassen, und erteilte ihm schließlich einen Ordnungsruf.)

Nach Ansicht der CDU-Abgeordneten **Maika Friemann-Jennert** war ein Deichbruch stromaufwärts möglicherweise die „Rettung“ für die Elbregion in Mecklenburg-Vorpommern. Sie verwies aber auch auf Hochwasserschutzmaßnahmen im Land. Erst im November 2012 sei ein 500 Meter langer Deichabschnitt bei Dömitz für eine halbe Million Euro saniert worden. „Von 2002 bis 2012 wurden circa 52 Millionen Euro für das Hochwasserschutzsystem an der Elbe und ihren Zuflüssen eingesetzt. Seit 1991 summieren sich die Investitionen auf 96 Millionen Euro“, zählte sie auf. „Aus der Jahrhundertflut 2002 haben wir viel gelernt.“ Der Hochwasserschutz werde weiter an Bedeutung gewinnen. Sie sprach sich aber gegen eine mögliche Stilllegung von Agrarflächen entlang der Flüsse aus. Allerdings müssten Gehölze an den Ufern weichen, damit Hochwasser schnell abfließen könne, sagte die Parlamentarierin.



Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE)



Fotos: Uwe Balewski

Johann-Georg Jaeger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Stefan Köster (NPD)



Maika Friemann-Jennert (CDU)

Dankeschön

Für den 29. August hat der Landtag Fluthelferinnen und Fluthelfer ins Schweriner Schloss eingeladen, um ihnen für ihren Hochwassereinsatz zu danken. Im Juni hatte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider wegen der dramatischen Situation in den Elbe-Gebieten das traditionelle Sommerfest des Landtages abgesagt. Es wäre unangemessen gewesen, in Schwerin zu feiern, während Tausende Menschen im Land um ihr Hab und Gut kämpfen und Tag und Nacht an den Deichen gegen das Hochwasser im Einsatz sind, begründete sie die Entscheidung.

Qualität verbessern

Neues Kita-Gesetz beschlossen

In kaum einem anderen Bundesland ist der Betreuungsgrad für Kleinkinder so hoch wie in Mecklenburg-Vorpommern. Nun soll sich auch die Qualität in den Kindereinrichtungen verbessern. Dazu soll ein von der Landesregierung vorgelegtes Kita-Gesetz beitragen, das am 19. Juni beschlossen wurde. Die mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen SPD und CDU verabschiedeten Regelungen sehen unter anderem niedrigere Elternbeiträge in der Krippe und kleinere Gruppen im Kindergarten vor.

Der Sozialausschuss empfehle mehrheitlich die Annahme des Gesetzentwurfes, sagte dessen Vorsitzende **Martina Tegtmeier**. Sie verwies auf zahlreiche Änderungen, die nach Beratungen im Ausschuss, insbesondere nach einer öffentlichen Anhörung, in den Entwurf eingeflossen sind. Dazu gehören ihren Angaben nach zum Beispiel das Anrecht auf ein Informationsgespräch im letzten Kita-Jahr vor Schulbeginn und die Stärkung der Mitspracherechte der Eltern. Die Kommunen und anderen örtlichen Träger haben nun sechs Monate Zeit für die schrittweise Absenkung des Betreuungsschlüssels. Ursprünglich sollten es nur drei Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes sein.

Im Kindergarten sollen künftig statt 17 nur noch 16 Kinder von einer Erzieherin betreut werden, ab dem Schuljahr 2015/16 dann 15, sagte Sozialministerin **Manuela Schwesig**. Das verbessere die Qualität der Kitas und zugleich die Arbeitsbedingungen der Erzieher. Eltern von Krippenkindern hätten künftig einen Anspruch auf Verringerung ihrer Beiträge um bis zu 100 Euro im Monat. Das Fernziel sei die Gebührenfreiheit für die Eltern, so die Ministerin weiter. Das sei aber nur mit einem größeren Engagement des Bundes möglich. Das Land Mecklenburg-Vorpommern gebe in diesem Jahr für die Kindertagesförderung 159 Millionen Euro aus. Bis 2016 werde diese Summe auf jährlich rund 195 Millionen Euro steigen, einschließlich der Bundesmittel. Das Gesetz regle auch die Entlohnung der Mitarbeiter. So gelte in den Kitas ein Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde, auch für Köchinnen und Hausmeister. Fachkräfte sollen mehr Geld erhalten. Im Gesetz werde der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem vollendeten 1. Lebensjahr des Kindes festgeschrieben. Dies ist laut Ministerin ein Schritt zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf. Auch die Tagespflege

M-V ist Spitze

Nach Angaben des Sozialministeriums besuchen in Mecklenburg-Vorpommern 95,9 Prozent der Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren und 53,6 Prozent der Unter-Dreijährigen eine Kita oder werden von einer Tagespflegeperson betreut. Mehr als 9.600 Erzieherinnen und Erzieher in 1.100 Einrichtungen und 1.600 Tagespflegepersonen fördern die Kleinsten.



Foto: Jens Büttner

soll besser gefördert werden. Ihr komme vor allem im ländlichen Raum eine besondere Bedeutung zu. Ein flächendeckendes Angebot des Landes kann nach Überzeugung der Ministerin nur durch einen Betreuungsmix aufrechterhalten werden.

Die kinder-, jugend- und familienpolitische Sprecherin der Linksfraktion **Jacqueline Bernhardt** sieht trotz guter Ansätze in dem neuen Kindertagesförderungsgesetz (KiföG) noch zahlreiche Probleme in der Praxis, die ungelöst bleiben. Insgesamt fehle ein langfristig ausgerichtetes Konzept, um die Probleme vor Ort in den Griff zu bekommen. Für die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen der Kitas reichten die Mittel nicht. Das führe dazu, dass nicht genug Personal beschäftigt werden könne, um alle Aufgaben auftragsgemäß zu bewältigen. Auch bleibe das Finanzierungssystem kompliziert, Bürokratie werde nicht abgebaut. „Wir brauchen eine wesentliche Vereinfachung in den Verwaltungsabläufen, damit die Erzieherinnen und Erzieher mehr Zeit für die Kinder haben“, sagte die Sozialexpertin. Die Absenkung des Betreuungsschlüssels und eine Annäherung an die wissenschaftlichen Standards seien in allen Betreuungsbereichen nach wie vor notwendig. „Überhaupt keine Beachtung findet das Thema Inklusion. Dies muss dringend Bestandteil in den Kitas werden“, forderte Bernhardt. „Darüber hinaus muss der Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers attraktiver werden, um dem zunehmenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Dafür ist auch eine aktuelle Ausbildungsplatzplanung erforderlich.“ Ihre Fraktion enthielt sich bei der Abstimmung. Der Sozialexperte der CDU-Landtagsfraktion **Bernd Schubert** zeigte sich zufrieden mit dem Gesetz. Dies sei ein guter Tag für Kinder, Eltern, Kindertageseinrichtungen und die Tagespflege. „Mecklenburg-Vorpommern macht einen weiteren Schritt, um noch kinder- und familienfreundlicher zu werden“, sagte er. Mit der angestrebten kleineren Gruppenstärke werde die Qualität in den Kitas erhöht. Die Träger hätten nun bis 1. Januar 2016 Zeit, die kleineren Gruppengrößen umzusetzen. Auch für die Tagespflege gebe es qualitative Verbesserungen. Sie sei mehr als ein „Lückenbüßer“. Die Qualität solle in diesem Bereich landesweit ebenfalls verbessert werden. „Es wird auch künftig eine finanzielle Unterstützung der Fort- und Weiterbildung der Tagespflegepersonen durch das Land geben. Zudem haben wir erreicht, dass die Weitergabe der Bundesmittel in Höhe von 750.000 Euro im Jahr 2013 und 1,5 Millionen Euro im Jahr 2014 an die Kommunen eine Einkommensverbesserung für die Tagespflegepersonen ergeben kann“, betonte Schubert.

Die sozialpolitische Sprecherin der Grünen **Silke Gajek** forderte unter anderem eine Reform der Erzieherausbildung



Foto: Jens Büttner

sowie kleinere Gruppen auch in der Krippe. Dort werden bisher sechs Kinder von einer Erzieherin betreut. Ihre Fraktion legte umfassende Änderungs- und Entschließungsanträge vor. Dazu zählte unter anderem der Vorschlag, ein parteiübergreifendes Gremium einzuberufen, dem explizit auch Experten der kommunalen Ebene angehören. „Die Anhörung hat gezeigt, dass erheblicher Reformbedarf hinsichtlich der Finanzarchitektur des KiföG besteht. Auch eine konsequente pädagogische Weiterentwicklung des Konzepts ist erforderlich.“ Viele Besuche in Kitas hätten ihr gezeigt, welch wertvolle und gute Arbeit dort geleistet wird. „Gerade deshalb plädiere ich dafür, die Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass sie für die Kinder und die Fachkräfte optimale Bedingungen bieten.“ Die Grünen lehnten das Gesetz ab.

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** forderte die kostenlose Betreuung von Kindern zwischen drei und sechs Jahren. Unabhängig vom Alter der Kinder sollten aber alle Eltern entlastet werden. Er kritisierte das Leitbild der Koalitionsfraktionen, das darin bestehe, Kinder zu bekommen und Vollzeit zu arbeiten. Finanzielle Anreize sollten nicht nur in die „Fremdbetreuung“ der Kinder gesteckt werden. Die kulturelle Prägung der Kinder müsse vor allem zu Hause stattfinden. Dort sollen die Kinder seiner Auffassung nach möglichst lange bleiben. Die Eltern müssten auch finanziell dazu in die Lage versetzt werden, ihre Kinder in den eigenen vier Wänden zu betreuen. Er äußerte zudem Zweifel, dass die geplante Verkleinerung der Gruppengrößen mit dem KiföG erreicht wird. Es fehle an qualifizierten Erzieherinnen im Land.

Jörg Heydorn, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, widersprach dem Vorwurf der Grünen, das Land beteilige sich nicht adäquat an der Finanzierung der Tagespflege. Diese sei gerade in dünn besiedelten Regionen wichtig. Deshalb strebe die Koalition mit dem Gesetz ausdrücklich die Unterstützung auch dieser Form der Kinderbetreuung an. Insgesamt erfülle das neue Regelwerk ein sozialdemokratisches Motto mit Leben – nämlich die Chancengleichheit für alle vom Kleinkindalter an zu gewährleisten. Eltern würden bei Krippenbeiträgen entlastet, der Betreuungsschlüssel verbessert, ein kostenfreies Mittagessen für Kinder aus bedürftigen Familien bereitgestellt, für alle Kinder der Rechtsanspruch

auf einen Kita-Platz umgesetzt und rund fünf Millionen Euro für Kitas in sozialen Brennpunkten zur Verfügung gestellt, zählte er auf. Er warb auch für Zustimmung zum Änderungsantrag der Koalition, mit der ein Schlichtungsverfahren für die Vertragspartner geregelt wird.

Torsten Renz (CDU) bewertete die Familienpolitik der Koalition als erfolgreich. Vorwürfe von Linken und Grünen, nicht genug dafür zu tun, wies er zurück. Seit seine Partei an der Regierung beteiligt ist, seien beispielsweise die Krippenbeiträge um 100 Euro und für die Tagespflege um 40 Euro gesenkt worden. Die Betreuungsrelation habe sich von 1:18 auf jetzt 1:17 verbessert. Nun sei 1:15 das Ziel. Familienpolitisch seien CDU und SPD in M-V im ICE unterwegs. Die Linke dagegen sei damals in Regierungsverantwortung „Bummelzug“ gefahren. Er verstehe die Kritik der Opposition nicht, die lediglich Verfahrensfehler bemängle, statt dem Entwurf zuzustimmen. Den Kindern wäre seiner Ansicht nach damit mehr geholfen.

Der Linke-Abgeordnete **Peter Ritter** wies auf die zum Teil schlechte Bezahlung der Kita-Mitarbeiter hin. Erhebungen zufolge würden vor allem Erzieherinnen in Einrichtungen von freien Wohlfahrtsverbänden unzureichend entlohnt. Die Vergütung müsse sich an den Tarifen der öffentlichen Verwaltung orientieren, forderte er. Auf eine angemessene Bezahlung ziele einer der Änderungsanträge der Linken ab, für die er um Zustimmung warb.

Bei der Abstimmung wurden alle Änderungsanträge der Opposition abgelehnt, die Gesetzesnovelle der Landesregierung aber mehrheitlich angenommen.

*Gesetzesentwurf der Landesregierung Drucksache 6/1621
Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses:
Drucksache 6/1969*

*Anträge BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Drucksachen 6/1979, 6/1981, 6/1982*

*Änderungsanträge BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Drucksachen 6/2004, 6/2005, 6/2006, 6/2007*

Änderungsantrag SPD/CDU-Koalition 6/2008

Änderungsanträge DIE LINKE Drucksachen 6/2009 - 2017

Datenauskunft neu geregelt

Verfassungsschutz- und Polizeigesetz geändert

Der Landtag hat in einer kontroversen Debatte am 19. Juni Änderungen im Verfassungsschutz- und im Polizeigesetz des Landes beschlossen. Damit werden die Befugnisse von Ermittlungsbehörden in Mecklenburg-Vorpommern zum Abruf von Daten für E-Mail-Konten oder Telefonverbindungen geregelt. Der Innenausschuss habe nach einer öffentlichen Experten-Anhörung dem Gesetzentwurf mit Änderungen zugestimmt, sagte dessen Vorsitzender Marc Reinhardt. Das Bundesverfassungsgericht habe dafür Vorgaben festgelegt und den Ländern mit einer Übergangsfrist bis zum 30. Juni Zeit gegeben, eigene Bestimmungen zu schaffen. Mit dem Gesetz solle die Aufklärung von Straftaten erleichtert werden. Die Koalitionsfraktionen SPD und CDU stimmten der Novelle einhellig zu. Bei der Opposition stieß das Gesetz auf rigorose Ablehnung.

Peter Ritter (DIE LINKE) verwies auf die Gefahren, die seiner Überzeugung nach in der sogenannten Bestandsdatenauskunft lauern. „Rechtfertigt die Angst vor Terroranschlägen eine Rundum-Kontrolle von Mails, von Telefonaten, von Suchanfragen bei Google?“, fragte er. „Wie viel Überwachung des Internets will und kann eine freie Gesellschaft letztlich ertragen?“ In der Anhörung habe auch der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Bedenken geäußert und betont, dass die vorgesehenen Eingriffe für die Betroffenen unter Umständen recht schwer wiegen können. Deshalb habe die Linke auf Änderungen gedrängt. Eine sei auch angenommen worden – die Beschränkung des ursprünglich pauschalen Auskunftsrechts auf den Einzelfall. Dennoch werde seine Fraktion den Gesetzentwurf ablehnen. Die Linke wolle nicht, „dass Verfassungsschutz und Poli-

Öffentliche Anhörung

Der Innenausschuss führte am 23. Mai zur Gesetzesnovelle eine öffentliche Anhörung durch. Neben dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit legten die Gewerkschaft der Polizei M-V, das Bayerische Landeskriminalamt sowie der Deutsche Anwaltsverein ihre Auffassung zur Regelung der Bestandsdatenauskunft dar. Der Landkreistag sowie der Städte- und Gemeindegtag, die Deutsche Polizeigewerkschaft, der Bund Deutscher Kriminalbeamter sowie Prof. Dr. Schwarz von der Julius-Maximilians-Universität Würzburg hatten schriftliche Stellungnahmen eingereicht. Die Stellungnahmen sowie die Debatte dazu kann man im Wortprotokoll auf der Internetseite des Landtages nachlesen. www.landtag-mv.de/Innenausschuss/Ausschussdokumente/OeffentlicheAnhörungen.



Foto: Jens Büttner

zei- und Verfassungsschutzbehörden weiter zu einer allumfassenden Internetpolizei ausgebaut werden“.

Nach Ansicht von **Heinz Müller** (SPD) sind die neuen „rechtsstaatlichen Regelungen“ für die Verfolgung von Straftaten notwendig. Die Angst vor „ausländischen Schnüffelagenturen“ rechtfertige nicht, dass „unseren Sicherheitsbehörden“ die Arbeit unnötig erschwert werde, sagte der Abgeordnete. Das Gesetz sei von den höchsten Verfassungsrichtern nicht in „Bausch und Bogen“ verdammt worden. Sie hätten nur die Neuregelung von Details angemahnt. Im Übrigen sichere der Gesetzentwurf lediglich den status quo der Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz. „Es werden keine neuen Befugnisse für die Datenerhebung geschaffen“, betonte Müller. Im Bereich der Gefahrenabwehr müssten Behörden sehr schnell handeln. Dies sei nun in rechtlich sicherem Rahmen möglich.

Den Grünen gehen die neuen Regelungen zu weit. Die Voraussetzungen für Auskunftersuchen seien nach den neuen Festlegungen schon auf Bundesebene äußerst niederschwellig, würden mit dem Landesgesetz aber noch unterboten, sagte der innenpolitische Fraktions-Sprecher der Bündnisgrünen, **Johannes Saalfeld**. Mails müssten nun nicht mehr beim Senden abgefangen werden. Mit IP-Adresse und Passwörtern könnten sich die Ermittler Zugang zu Online-Konten und E-Mail-Postfächern der jeweiligen Person verschaffen. Besonders kritisch sei zu bewerten, dass der Abruf der gesicherten Daten im Land nicht unter Richter-Vorbehalt stehe, also auch ohne Zustimmung und ohne Überprüfung durch einen Richter erfolgen kann. So bleibe der Grundrechtsschutz in Mecklenburg-Vorpommern auf der Strecke, beklagte er. Die Behörden müssten den Betroffenen diesen Eingriff in ihre Privatsphäre noch nicht einmal im Nachhinein mitteilen, ganz im Gegensatz zur Bundesgesetzgebung. Auch die Kontrollgremien des Landtages, wie die Parlamentarische Kontrollkommission und die G 10-Kommission, blieben außen vor. Sie müssten nach Ansicht Saalfelds nicht an der Aktion beteiligt, aber wenigstens im Anschluss unterrichtet werden. Das Gesetz werfe alle Grundsätze des Datenschutzes über Bord und hebele die Kontrolle durch das Parlament komplett aus.

Die NPD lehnt das Gesetz nach den Worten ihres Abgeordneten **David Peterreit** ebenfalls ab. Seine Fraktion wende sich gegen jede Art von „Gesinnungsschnüffelei“ und werde einem Ausbau des „Überwachungsstaates“ nicht zustimmen. Mit der Novelle werde die Verfolgung Andersdenkender erleichtert. Auch er kritisierte den fehlenden Richtervorbehalt und die ausbleibende Information der Betroffenen.

Den Behörden werde der Zugriff auf Passwörter, PIN- und PUK-Zahlen erlaubt, wenn sie es nur mit „Gefahrenabwehr“ begründen. Das gehe zu weit.

Der CDU-Abgeordnete **Michael Silkeit** warf den Grünen „überzogenes Misstrauen gegenüber dem Staat“ vor. „Sie verunglimpfen die Kollegen von Polizei und Justiz, indem Sie Ihnen Missbrauch unterstellen“, sagte er. Bei der Gefahrenabwehr sei kein Richtervorbehalt nötig. Seine Fraktion werde dem Gesetzentwurf zustimmen und Änderungsanträge ablehnen.

Das Gesetz wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen beschlossen. DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPJ lehnten den Entwurf ab.

Drucksachen 6/1630 und 6/1970

Abgeordneten- gesetz

Regelungen bleiben unverändert

Der Landtag hat auf seiner Sitzung am 19. Juni beschlossen, das Abgeordnetengesetz nicht zu ändern. Das Parlament folgte dabei mit den Stimmen von SPD und CDU einer entsprechenden Empfehlung einer Kommission des Ältestenrates. Somit bleiben die Altersbezüge der Landtagsabgeordneten, das Übergangsgeld für ausscheidende Parlamentarier und die Zulagen für Ämter wie Landtagspräsident oder Parlamentarischer Fraktionsgeschäftsführer in Mecklenburg-Vorpommern unverändert. Auch soll der Landtag nicht verkleinert werden.

Die Kommission unter Vorsitz von Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider**, der zudem die drei Vizepräsidentinnen und die Parlamentarischen Geschäftsführer aller Fraktionen angehörten, war Anfang 2012 eingesetzt worden. In einer Anhörung im Dezember kamen auch Experten zu Wort, die an den Übergangsgeldern, Altersbezügen und Funktionszulagen wenig zu kritisieren hatten. Das Übergangsgeld werde im Vergleich der Bundesländer mit bis zu drei Jahren im Nordosten zwar am längsten gewährt. Allerdings werde das durch die Staffelung wieder ausgeglichen.

Nach Angaben von Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** hat sich die Kommission auch über die entsprechenden Regelungen in anderen Länderparlamenten sowie im Bundestag informiert. Übergangsgeld, Sitzungszuschläge – die in M-V bereits abgeschafft wurden – und Kostenpauschalen würden jeweils unterschiedlich gehandhabt. Sie verwies auf Experten, die betonten, dass die Vergütung der Abgeordneten ihre Unabhängigkeit gewährleisten müsse. Die Vertreter aller Fraktionen hätten sich im Einklang mit Fachleuten zudem gegen eine Reduzierung der Abgeordnetenzahl ausgesprochen. Politik müsse auch weiterhin in der Fläche spürbar sein, hieß es zur Begründung. Die derzeit 71 Abgeordneten „kosten“ Bretschneider zufolge jeden Einwohner lediglich 2,99 Euro im Jahr, die für Diäten und Zulagen ausgegeben werden. „Das ist nicht unangemessen für die Gewährleistung der Demokratie“, sagte die Präsidentin.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, **Wolf-Dieter Ringguth**, sagte in Anlehnung an den französischen Philosophen und Staatstheoretiker Montesquieu (1689 bis 1755): „Wenn es nicht notwendig ist, ein gutes Gesetz zu ändern, dann ist es notwendig, ein gutes Gesetz nicht zu ändern.“ Mit Hilfe des externen Sachverständigen sei das gegenwärtige Gesetz „auf Herz und Nieren“ geprüft und am Ende für gut befunden worden. Das hätten auch nahezu ausnahmslos die angehörten Staatswissenschaftler bestätigt. Dabei sei auch berücksichtigt worden, dass der



Foto: Uwe Balewski

Aufwand für Abgeordnete in einem Flächenland wie M-V größer ist, um ihrem Auftrag im Sinne der Bürger gerecht zu werden. Auch die Regelungen zur Altersversorgung auscheidender Abgeordneter seien angemessen.

Peter Ritter, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linken, wies auf die große Resonanz einer kritischen Öffentlichkeit hin. „Das ist immer so, wenn es um die Bezüge der Abgeordneten geht. Und das ist gut so“, sagte er. Auch seine Fraktion habe sich gegen eine Vergrößerung der Wahlkreise bzw. gegen eine Verkleinerung des Parlaments ausgesprochen. Politik und Politiker müssten vor Ort erlebbar sein, sonst werde der Wahlmüdigkeit Vorschub geleistet. Zudem vertrete die Politik auch die Interessen von Nichtwählern, den Migranten zum Beispiel. „Hier zieht das Demografie-Argument nicht. Hier hat das Demokratie-Argument mehr Gewicht.“ Allerdings sehe seine Fraktion Änderungsbedarf in drei Punkten. So solle das Übergangsgeld nur 24 statt bislang 36 Monate gezahlt werden. Auch steige der Anspruch auf Altersentschädigung zu stark an. Zudem forderte Ritter eine höhere

Vergütung für Wahlkreismitarbeiter. Weil sich die Linke in diesen Punkten nicht habe durchsetzen können, enthalte sich die Fraktion bei der Abstimmung.

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** betonte, seine Fraktion halte Änderungen auch aus demografischen Gründen für nötig. 200.000 Einwohner hätten in den vergangenen neun Jahren das Land verlassen. „Wir brauchen deutsche Kinder“, sagte der NPD-Abgeordnete. Auch sei Armut im Land weit verbreitet. Er warf den Parlamentariern der Koalition vor, mit dem Abgeordnetengesetz realitätsfern zu sein. Insbesondere kritisierte Köster die seiner Meinung nach zu lange Frist für die Zahlung von Übergangsgeld. Auch der Anspruch auf Altersentschädigung sei zu hoch. Zudem seien alle Funktionszulagen verfassungswidrig und zu hoch, wobei er die für den Fraktionsvorsitz ausnahm. Seine Fraktion lehne das Abgeordnetengesetz in der vorliegenden Form ab und werde in Kürze einen eigenen Entwurf vorlegen, sagte er.

Johann-Georg Jaeger, Parlamentarischer Geschäftsführer der Bündnisgrünen, kritisierte, dass die NPD nun zwar Kritik

Abgeordneten-Diäten

Die Entschädigung der Abgeordneten des Landtages M-V lehnt sich an die Besoldung eines Vorsitzenden Richters am Landgericht an und wird entsprechend der Entwicklung der Richterbesoldung angepasst. Die jeweils aktuelle Höhe der Entschädigung wird im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes, im Handbuch und auf der Internetseite des Landtages öffentlich und transparent gemacht.

Grundentschädigung

Seit Januar 2013 beträgt die Grundentschädigung 5.393 Euro, ausgezahlt werden aufgrund einer bundesgesetzlichen Regelung monatlich **5.378 Euro brutto**. Der den Abgeordneten netto zur Verfügung stehende Betrag liegt in der Regel unter 4.000 Euro und variiert je nach Steuerklasse, Kinderzahl und Ausgaben für die Krankenversicherung.

Kostenpauschale

Für die Betreuung des Wahlkreises (Büromiete, Mobiliar, Schreibarbeiten, Porto, Telefon etc.) erhält ein Abgeordneter eine monatliche steuerfreie Kostenpauschale in Höhe von 1.295 Euro.

Parlamentarische Sonderfunktionen

Für die Ausübung ihrer besonderen parlamentarischen Ämter erhalten die Landtagspräsidentin und die Fraktionsvorsitzenden den doppelten Betrag der Grundentschädigung. Den Vizepräsidentinnen steht zusätzlich jeweils die Hälfte der Grundentschädigung zu. Die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen erhalten seit November 2011 eine zusätzliche monatliche Entschädigung in Höhe von 75 Prozent der Grundentschädigung. Die Zuschüsse für die Fraktionen wurden entsprechend gekürzt.

Übergangsgeld

Ein Abgeordneter erhält nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag auf Antrag Übergangsgeld (sofern er nicht die Regelaltersgrenze erreicht und einen Anspruch auf Altersentschädigung, Versorgungsbezüge oder Rente hat). Die Höhe des Übergangsgeldes bezieht sich prozentual auf die Grundentschädigung und ist nach der Dauer der Zugehörigkeit zum Landtag gestaffelt. Nach mindestens einjähriger Mitgliedschaft kann für drei Monate ein Übergangsgeld in Höhe von 90 Prozent der Grundentschädigung gewährt werden, bei mindestens zweijähriger Landtagszugehörigkeit für weitere neun Monate 70 Prozent. 50 Prozent für weitere zwei Jahre, wenn der Abgeordnete dem Landtag mindestens fünf Jahre angehört hat. Jegliches Einkommen wird in die Berechnung des Übergangsgeldes einbezogen.

Altersentschädigung

Abgeordnete haben mit Vollendung des 67. Lebensjahres nach ihrem Ausscheiden aus dem Landtag einen Anspruch auf Altersentschädigung – vorausgesetzt, sie haben dem Parlament mindestens ein Jahr angehört. Insgesamt beträgt die Altersentschädigung höchstens 71,75 Prozent der Grundentschädigung, die ein Abgeordneter erreichen kann, wenn er dem Landtag 22 Jahre angehört. Derzeit erhalten 62 ehemalige Abgeordnete Altersbezüge, deren Höhe durchschnittlich 40 Prozent der aktuellen Grundentschädigung beträgt.

Die Entschädigung der Abgeordneten, die Altersversorgung, die Rechte und Pflichten, die Verhaltensregeln und weitere Fragen zur Abgeordnetentätigkeit sind im Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages Mecklenburg-Vorpommern (Abgeordnetengesetz) geregelt.

übe, aber keinen einzigen Änderungsvorschlag vorlegt hat. Für diese Form der „Arbeitsverweigerung“ habe er keinerlei Verständnis, zumal die NPD-Abgeordneten die gleichen Diäten erhalten wie alle anderen. In der Kommission sei man sich in vielen Punkten einig gewesen, vor allem auch, was die Anzahl der Abgeordneten betrifft. „Die Zahl sollte im Flächenland beibehalten werden. Auch halten wir die Höhe der Grunddiät für angemessen.“ Die Änderungsvorschläge betreffen seinen Angaben nach die Funktionszulagen, die bei der Präsidentin, bei den Fraktionsvorsitzenden und den Parlamentarischen Geschäftsführern jeweils um 25 Prozentpunkte reduziert werden sollten. Jaeger sprach sich ebenfalls für die Absenkung der Zeit für Übergangsgeld auf 24 Monate und für Einsparungen bei der Rente aus.

Nach Ansicht von **Heinz Müller**, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD, hat sich das Abgeordnetengesetz bewährt. Das sei das Ergebnis der Arbeit der Kommission. Die Korrekturvorschläge der Sachverständigen seien nicht so zwingend, dass sie die Zustimmung aller Demokraten gefunden hätten. Es sei notwendig, aber auch schwierig,

dass die Parlamentarier ihre Vergütung selbst regeln müssen. Er zitierte den Präsidenten des Landesrechnungshofes, der in der Anhörung vor „Neiddebatten“ gewarnt hatte. Müller ging in seiner Rede insbesondere auf die Kritik am Übergangsgeld für ausgeschiedene Abgeordnete ein. „Es gibt nur ein Bundesland, das für 36 Monate Übergangsgeld zahlt, das ist Mecklenburg-Vorpommern“, sagte er. Aber von Anfang an werde nur 90 Prozent gezahlt, nach drei Monaten sinke die Höhe auf 70 Prozent und betrage dann für die letzten zwei Jahre 50 Prozent. In der Summe entspreche dies 21 Monatsdiäten. Es gebe mehrere Bundesländer, die bei 24 Monaten deutlich mehr Übergangsgeld zahlten, sagte Müller. Zudem würden weitere Einkünfte angerechnet. Bislang hätten in M-V lediglich insgesamt 21 der 151 ausgeschiedenen Abgeordneten Übergangsgeld länger als 24 Monate erhalten.

Der Empfehlung und dem Bericht stimmten die Abgeordneten von SPD und CDU zu. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD stimmten dagegen, DIE LINKE enthielt sich.

Drucksache 6/1967



Foto: Jens Büttner

Bodenschutz verbessern

Antrag der Grünen fand keine Mehrheit

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert von der Landesregierung einen intensiveren Schutz landwirtschaftlicher Böden. Die Direktzahlungen an die Landwirte sollten stärker an den Bodenschutz geknüpft werden, sagte die agrarpolitische Sprecherin der Grünen, **Dr. Ursula Karlowski**, bei der Begründung des Antrages am 20. Juni im Landtag.

Dr. Ursula Karlowski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kritisierte, dass mindestens 18 Prozent der Ackerfläche durch Wind- und Wassererosion gefährdet seien, die Programme für

erosionsschutzmindernde Anbauverfahren aber nur für drei Prozent der Fläche ausreichen. Es fehle an Windschutzhecken und Erosionsschutzstreifen. „Die Sandwolken, die vor zwei Jahren zu dem schrecklichen Unfall auf der A 19 geführt haben, zeigten auf bittere Weise den Handlungsdruck beim Bodenschutz auf“, betonte die Agrarexpertin. Gerade die letzten Hochwasser hätten eindrucksvoll verdeutlicht, wie wichtig das Wasserspeichervermögen der Böden und wie wichtig ein europaweites Handeln im Bodenschutz ist. „Mit einer EU-Boden-Rahmenrichtlinie, die derzeit von der Bundesregierung abgelehnt wird, wäre ein wichtiges Instrument des europaweiten Bodenschutzes geschaffen“, sagte Karlowski. Sie forderte die Landesregierung auf, die zukünftigen Agrarumweltschutzmaßnahmen stärker als bisher auf den Bodenschutz auszurichten.

In Mecklenburg-Vorpommern soll nach Angaben von Agrarminister **Dr. Till Backhaus** der durchschnittliche Verbrauch von Ackerflächen pro Tag für Bauvorhaben auf unter drei Hektar sinken. Bisher sei die Ackerfläche im Land um etwa sieben Hektar täglich geschrumpft, sagte er. Auch

bundesweit verringert sich die landwirtschaftliche Fläche. Sie habe von 1995 bis 2012 von rund 17,3 Millionen auf 16,7 Millionen Hektar und damit um vier Prozent abgenommen. Unter anderem dieser Flächenschwund erfordert Backhaus zufolge einen besseren Schutz von Bodenfruchtbarkeit und vor Erosion. Die Landesregierung unterstützt erstmals Landwirte, die auf die Vielfalt ihrer Kulturen achten und mindestens fünf verschiedene Hauptfrüchte in Kombination mit mindestens zehn Prozent Eiweißpflanzen anbauen. Auch für die dauerhafte Umwandlung von Ackerland in Grünland ist laut Backhaus eine neue Förderung vorgesehen. Sie könne 1.000 Euro je Hektar betragen, bei Erfüllung von Vorgaben für besonders umweltfreundliche und standortgeeignete Saatgutmischungen sogar bis zu 1.400 Euro. Außerdem seien neue Förderungen für das Anlegen von Gewässer- und Erosionsschutzstreifen von mindestens 9 bis 30 Metern Breite sowie für das Pflanzen von Hecken, Windschutzpflanzungen und Feldgehölzen vorgesehen.

Beate Schlupp, agrarpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, wies auf zahlreiche Bodenschutzmaßnahmen hin, die auf Bundes- und Landesebene von ihrer Partei initiiert worden seien. „Der Boden ist eine knappe Ressource, die nicht vermehrbar ist. Das müssen wir uns immer wieder klar machen“, sagte sie. Schutz sei in vielerlei Hinsicht nötig. Beispielsweise müsse der Verbrauch für Infrastrukturmaßnahmen gesenkt und der Erhalt von Hecken gefördert werden. Wichtig sei auch das Landesbodenschutzgesetz, das vor zwei Jahren vom Landtag verabschiedet wurde. Dies alles zeige, dass Koalitionsfraktionen und Landesregierung das Problem erkannt und Maßnahmen eingeleitet hätten. „Dazu bedarf es nicht der Aufforderung der Grünen“, sagte Schlupp. Ihre Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Prof. Dr. Fritz Tack, Agrarexperte der Linken, wies auch auf einen weiteren Aspekt des Bodenschutzes hin: „Nicht nur der Klimawandel mit seinen Extremwetterlagen, auch die Art und Weise der Bewirtschaftung des Bodens sind Faktoren der ständigen Veränderung.“ Untersuchungen hätten gezeigt, dass gerade größere Betriebe „ab 200 Hektar Ackerland schon auf 54 Prozent ihrer Flächen konservierende und somit zeit- und kostensparende und damit vor allem schonende Bodenbearbeitungsverfahren“ einsetzen. Es müssten nun jedoch neue Verfahren entwickelt werden, die eine bodenschonende Bearbeitung und gleichzeitig eine Verringerung des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel ermöglichen. Den Antrag der Grünen hält er für „nicht zielführend und wenig konkret“. Er empfahl seiner Fraktion Stimmenthaltung.

Thomas Krüger, agrarpolitischer Sprecher der SPD, hält die Entwicklung der Bodenpreise für besorgniserregend. Bodenschutz sei wichtig, da gäbe es große Einigkeit im Parlament. Den Antrag der Grünen jedoch bezeichnete er als „enttäuschend“. Vorhaltungen, die Landesregierung unternehme zu wenig, wies er zurück. Er erinnerte unter anderem an öffentliche Anhörungen mit Umweltverbänden in der vorherigen Wahlperiode, die letztendlich im Bodenschutzgesetz mündeten. Auch in dieser Legislaturperiode seien wirksame Maßnahmen, wie zum Beispiel zur Grünlanderhaltung und Eiweiß-Strategie, ergriffen worden.

„Die Sorge um den Boden ist berechtigt“, sagte **Stefan Köster** von der NPD-Fraktion. Er beklagte die starke Verdichtung des Bodens durch schwere Technik und die verringerte Artenvielfalt. Allerdings sei der Grünen-Antrag nicht geeignet, für mehr Klarheit und Sicherheit zu sorgen. Im Übrigen habe der Landtag im vergangenen Jahr einen Beschluss zum Feldheckenprogramm gefasst. Jetzt müsse das Agrarministerium tätig werden und dem Landtag den geforderten Bericht vorlegen. Seine Fraktion lehne den Antrag deshalb ab. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen SPD und CDU sowie der NPD abgelehnt. DIE LINKE enthielt sich.

Drucksache 6/1960

Barrierefreie Beipackzettel

Landtagsdebatte erstmals durch Gebärdendolmetscherinnen übersetzt

Mecklenburg-Vorpommerns Landtag hat erstmals für eine Debatte Gebärdendolmetscher engagiert. Die beiden Frauen haben am 20. Juni die Diskussion über einen Antrag der Regierungsfractionen SPD und CDU für Medikamenten-Beipackzettel, die auch für Blinde lesbar sind, unmittelbar neben dem Rednerpult in Gebärdensprache übersetzt. Die Debatte wurde, wie alle Plenarsitzungen, live im Internet übertragen. Wegen der hohen Anforderungen an die Konzentration wechselten sich zwei Dolmetscherinnen bei der Simultanübersetzung ab. Diese Form der Barrierefreiheit soll keine Ausnahme bleiben, versprach Landtagspräsidentin Silvia Bretschneider, die den Tagesordnungspunkt ankündigte.

Menschen mit Behinderungen solle die Teilhabe auch an politischen Diskussionen ermöglicht werden, sagte der SPD-Abgeordnete **Julian Barlen**, auf dessen Initiative der Einsatz der Gebärdendolmetscherinnen zurückgeht. Die Lesbarkeit von Beipackzetteln gehöre zur Teilhabe dazu. Die Pharmaunternehmen seien seit mehreren Jahren per Gesetz verpflichtet, die Packungsbeilagen so zu gestalten, dass sie für alle Menschen geeignet sind. „Seit rund drei Jahren betreibt der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband das Projekt PatientenInfo-Service. Diese Internet-Plattform stellt in Kooperation mit den Pharmaunternehmen Arzneimittelinformationen in verschiedenen barrierefreien Formaten zur Verfügung, zum Beispiel im Großdruck oder als Hörbuch. Wünschenswert wären auch Gebärdenvideos für Gehörlose“, erklärte der Abgeordnete. Allerdings kämen viele Pharmaunternehmen ihrer gesetzlichen Pflicht nicht nach und lieferten keine barrierefreien Daten. Gerade einmal 20 von 350 in Deutschland ansässigen Unternehmen wür-



Der SPD-Abgeordnete Julian Barlen begründete den Koalitionsantrag. Erstmals wurde eine Landtagsdebatte für Hörbehinderte simultan durch Gebärdendolmetscherinnen übersetzt.

den sich beteiligen. „Dabei können Beipackzettel lebenswichtig sein“, sagte Barlen. „Wir fordern die Landesregierung daher auf, sich im Rahmen eines Runden Tisches in Mecklenburg-Vorpommern und durch eine Bundesratsinitiative für barrierefreie Beipackzettel einzusetzen. Hierfür müssen die Pharmaunternehmen letztlich per Stichtag gesetzlich zur Lieferung barrierefreier Beipackzettel verpflichtet werden.“ Ein Landtagsbeschluss wäre ein deutliches Signal, die Beipackzettel endlich „lesbar, hörbar, anschaulich und verständlich“ zu gestalten.

Sozialministerin **Manuela Schwesig** betonte, dass Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen ein Leben in der Gesellschaft möglich sein müsse. Da komme auch dem vermeintlich kleinen Beipackzettel eine große Bedeutung zu. Einer Gesundheitsstudie zufolge nahmen 75 Prozent aller Menschen zwischen 19 und 79 Jahren mindestens ein Medikament pro Woche ein. Die Pharmaunternehmen seien verpflichtet, barrierefreie Beipackzettel zu liefern. Sie unterstütze den Antrag und kündigte an, bereits die nächste Gesundheitskonferenz auf Bundesebene zu nutzen, um eine Bundesratsinitiative zu starten.

Torsten Koplín (DIE LINKE) kritisierte, dass im Gesetz keine Frist für die Pharmaindustrie zur Schaffung barrierefreier Beipackzettel enthalten ist. Seine Fraktion schließe sich der Forderung des Blinden- und Sehbehindertenverbandes an, dies bis Ende 2014 umzusetzen. Auch der Antrag der Koalitionsfraktionen ist seiner Meinung nach nicht konkret genug. Er forderte, den Antrag um folgenden Satz zu ergänzen: „Hierzu ist auch auf eine Präzisierung des Arzneimittelgesetzes hinzuwirken“. In dieser Hinsicht sehe seine Fraktion Handlungsbedarf. Dennoch werde die Linke dem Antrag zustimmen. „Wir unterstützen alle Bemühungen, die Patientenrechte zu stärken“, sagte Koplín.

Nach Ansicht des CDU-Politikers **Bernd Schubert** haben auch Menschen ohne Sehschwäche Probleme, Beipackzettel zu verstehen. Die Hinweise seien oft so fachspezifisch, dass sie eher der Pharmaindustrie zur Absicherung dienen als dem Verbraucherschutz. Er forderte die Hersteller auf, generell für verständliche Beipackzettel zu sorgen. Schließlich setzten die Unternehmen Millionen um, da sei die Umstellung der Packungsbeilage keine unzumutbare Forderung.

Seine Fraktion unterstütze sowohl den Antrag als auch den Runden Tisch.

Silke Gajek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sieht in der Barrierefreiheit auf den Beipackzetteln einen weiteren Schritt, um Menschen mit Behinderungen das Leben zu erleichtern. Der Blinden- und Sehbehindertenverband fordere dies schon lange. „Wir brauchen ein grundsätzliches Umdenken“, sagte sie. Auch im Landtag sollten ihrer Ansicht nach häufiger Gebärdendolmetscher eingesetzt werden. „Die Botschaft ist die richtige“, sagte sie. Deshalb werde ihre Fraktion zustimmen.

Stefan Köster (NPD) bezeichnete die Beipackzettel als eine Herausforderung für alle Menschen. Seit 2005 seien Pharmaunternehmen eigentlich verpflichtet, die Informationen über die Medikamente verständlicher darzustellen. „Aber das wird nicht gemacht“, sagte er. Der Antrag der Koalitionsfraktionen sei aber inhaltsleer. „Was soll ein Runder Tisch denn bewirken?“, fragte Köster. Besser wäre es, das Gesetz zu präzisieren. Dennoch stimme die NPD-Fraktion zu. Der Antrag der Koalitionsfraktionen wurde einstimmig angenommen. Der Änderungsantrag der Linken fand keine Mehrheit.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/1952

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE wurde mündlich vorgetragen.



Die Punkte der Brailleschrift können stark Sehbehinderte oder Blinde ertasten und so Texte lesen.

Kommunale Finanzen

Linke scheitert mit Antrag zur Neuregelung des Finanzausgleichsgesetzes

DIE LINKE hat am 20. Juni im Landtag eine weitreichende Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen Land und Kommunen noch in dieser Legislaturperiode gefordert. Nur so könne eine dauerhaft ausreichende Finanzausstattung der Kommunen sichergestellt werden, sagte die finanzpolitische Sprecherin der Linken **Jeannine Rösler** bei der Begründung des Antrages.

„Eine grundlegende Neuausrichtung des kommunalen Finanzausgleichs ist in Mecklenburg-Vorpommern eine weitgehend unbestrittene Notwendigkeit“, sagte **Jeannine Rösler** (DIE LINKE) im Parlament. Das Finanzausgleichsgesetz (FAG) müsse noch in dieser Legislaturperiode erneuert und spätestens Anfang 2016 verabschiedet werden. Sie forderte die Landesregierung auf, dem Parlament rechtzeitig einen Entwurf für die Novelle vorzulegen. Das Ansinnen könne nicht, wie vom Innenministerium angedeutet, bis ins Jahr 2018 verschoben werden, betonte sie. Rösler verlangte eine namentliche Abstimmung.

Innenminister **Lorenz Caffier** entgegnete, dass eine regelmäßige Überprüfung des kommunalen Finanzausgleichs gesetzlich vorgeschrieben sei. „Daran halten wir uns, unabhängig davon, ob Wahlen sind oder nicht“, sagte er und wies die Forderungen der Linken als unbegründet zurück. „Wir werden die Gesetzesnovellierung fristgerecht vorlegen, damit die Anpassungen dementsprechend erfolgen können“, sagte der Minister. Vor einer grundlegenden Überarbeitung des FAG jedoch solle ein umfassendes finanzwissenschaftliches und finanzwirtschaftliches Gutachten erstellt werden, wie es der FAG-Beirat gefordert habe. Diese Untersuchung werde das Innenministerium in Auftrag geben. Die Ergebnisse müssten abgewartet werden.

Es gebe auch nach Ansicht des Landkreistages erheblichen Überarbeitungsbedarf beim Finanzausgleich, räumte der kommunalpolitische Sprecher der SPD, **Heinz Müller**, ein. Die Kommunen erhofften sich von einer Novellierung eine Verbesserung ihrer Finanzsituation. Dies alles sei hinlänglich bekannt. Doch warnte er davor, „aus der Hüfte zu schießen“. Die Politik müsse gut abwägen und das Land als Ganzes im Blick haben. Für eine grundlegende Novelle des FAG sei das geplante wissenschaftliche Gutachten Voraussetzung. Das brauche Zeit. „Ich hoffe aber, dass die Novelle noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten kann. Ein Verschieben auf später wäre nicht angemessen“, sagte Müller. Den Antrag werde seine Fraktion ablehnen. Über eine Neugestaltung müsse auch im Innenausschuss geredet werden.

Der Grünen-Politiker **Johannes Saalfeld** setzt große Hoffnungen in das Gutachten, das der FAG-Beirat gefordert hat. Dennoch müsse sich das Ministerium Fristen setzen und



Foto: Jens Büttner

Meilensteine festlegen. Auch über eine größere Beteiligung des Bundes sei zu reden. Die Forderungen der Linken hält er für legitim. Bei der Neugestaltung des FAG sei durchaus Eile geboten. Unter anderem, um für die Diskussionen um den Länderfinanzausgleich gewappnet zu sein. Das geplante Gutachten solle unter anderem die Frage beantworten, was eine „auskömmliche“ Finanzausstattung der Kommunen bedeutet.

Für **Marc Reinhardt** (CDU) ist die Neuregelung des FAG eine „heikle Sache“. Die Kommunen hätten immer den Eindruck, zu wenig Geld zu erhalten, und das Land glaube, immer zu viel geben zu müssen. In diesem „Spannungsbogen“ befänden sich auch die Sachverständigen. Bei dem Gutachten gehe es sowohl um die Verteilung der Finanzmasse zwischen Land und Kommunen als auch auf kommunaler Ebene. Bei dieser horizontalen und der vertikalen Verteilung gebe es viele strittige Positionen. Deshalb sei es wichtig, das Gutachten gründlich vorzubereiten. „Hier geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit“, sagte Reinhardt. Starre Fristen – wie im Antrag gefordert – helfen da seiner Meinung nach nicht weiter. Deshalb werde seine Fraktion den Antrag von ablehnen.

Udo Pastörs (NPD) wies auf einen „Spagat“ hin, den viele Landespolitiker vollbringen müssten, die gleichzeitig im Kreistag sitzen. Der Innenminister blieb seiner Meinung nach eine Auskunft darüber schuldig, wie den Kommunen konkret über den Rettungsschirm von 100 Millionen Euro hinaus geholfen werden könne. „Sie beschwören ständig die kommunale Selbstverwaltung und verweigern die Gelder, dass man diese Selbstverwaltung vor Ort auch leben kann“, sagte er. Deshalb stimme seine Fraktion dem Antrag zu.

Peter Ritter (DIE LINKE) beantragte zusätzlich die Überweisung des Antrages in den Innenausschuss. Der Landkreistag halte unabhängig vom Soforthilfeprogramm für Kommunen eine Neuregelung des FAG bis spätestens Anfang 2016 für unabdingbar, betonte er. Er warf der Landesregierung Konzeptionslosigkeit und Stillstand gegenüber den Kommunen vor. „Warum ist der Auftrag für das Gutachten nicht schon längst ausgelöst worden?“, fragte er den Innenminister. Im Bereich der kommunalen Aufgaben habe sich die Koalition längst von der Verwaltungsmodernisierung verabschiedet. Die Überweisung des Antrages zur Beratung in den Innenausschuss wurde abgelehnt. Bei der namentlichen Abstimmung fand der Antrag der Linken keine Mehrheit.

Drucksache 6/1948

Weitere Beschlüsse des Landtages

Foto: Cornelius Kertler



Neue Leiterin der Stasiunterlagen-Behörde

Die Historikerin **Anne Drescher** ist am 20. Juni zur neuen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern gewählt worden. Bei der geheimen Abstimmung im Landtag erhielt die 51-Jährige 45 Ja-Stimmen. Neun Abgeordnete stimmten mit Nein, fünf enthielten sich. Die bisherige Stellvertreterin der Landesbeauftragten Marita Pagels-Heineking war von der Landesregierung für das Amt vorgeschlagen worden. Die Amtszeit von Pagels-Heineking endet am 10. August. Sie wollte nicht für eine zweite fünfjährige Amtszeit kandidieren. Anne Drescher, die bisher stellvertretende Behördenleiterin war, tritt ihr Amt am 12. August an.

Stasi-Überprüfungskommission

Der Jurist **Dr. Stefan Mahlburg** ist neues Mitglied der Stasi-Überprüfungskommission des Landtages. Das Parlament hat den Richter, der am Sozialgericht Rostock tätig ist, am 20. Juni mit großer Mehrheit gewählt. Die Neuwahl war notwendig, weil sein Vorgänger, Dr. Stefan Frenzel, aus dem Amt ausscheidet. Die Kommission, die gesetzlich vorgeschrieben ist (§ 48 Abgeordnetengesetz), besteht aus drei Mitgliedern und muss nach jeder Landtagswahl neu bestimmt werden. Ihr gehören nunmehr die bisherige Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen Marita Pagels-Heineking (Vorsitzende), der frühere Landtagspräsident Rainer Prachtl und Dr. Stefan Mahlburg an.

Sozialhilfefinanzierungsgesetz

Der Landtag regelte einen Teil der Sozialhilfe-Finanzierung neu. Ein entsprechendes Gesetz der Landesregierung wurde am 19. Juni verabschiedet. Zugleich forderten die Parlamentarier sowohl die Landesregierung als auch die Träger der Sozialhilfe und die kommunalen Landesverbände auf, den Ende 2012 unterbrochenen Reformprozess zur Neugestaltung der Sozialhilfe in Mecklenburg-Vorpommern wieder aufzunehmen. In die Reform sollen Vertreter der Betroffenenorganisationen und der Träger von sozialen Einrichtungen, der Kommunale Sozialverband Mecklenburg-Vorpommern sowie eventuell auch der Gewerkschaften und Unternehmensverbände einbezogen werden.

Drucksachen 6/1629, 6/1968, 6/1978, 6/2019

Kommunale Aufgaben

Mecklenburg-Vorpommerns Kommunen haben erneut Kompetenzen an das Land zurückgegeben, die ihnen im Zuge der Kreisreform 2011 übertragen worden waren. Das betrifft die Auszahlung des Elterngeldes, die Feststellung von Schwerbehinderungen und die Anleitung der ehrenamtlichen Fischereiaufseher. Der Landtag änderte dazu am 19. Juni mit den Stimmen der demokratischen Fraktionen das Aufgabenzuordnungsgesetz. Vor einem Jahr war schon die Übertragung des Immissionsschutzes, wozu die Genehmigung der umstrittenen großen Tierställe gehört, und der Abfallwirtschaft rückgängig gemacht worden. Mit den jetzigen Rückabwicklungen sind es noch rund 100 Stellen, die im Zuge der Kreisreform vom Land an die Kommunen übergegangen sind. Dazu gehören vor allem Aufgaben des Landesjugendamtes, die an den Kommunalen Sozialverband gingen, sowie die drei Landesförderschulen.

Drucksachen 6/1913 und 6/1971

Europapolitik

Am 19. Juni nahm der Landtag den Bericht der Landesregierung zu den aktuellen europapolitischen Schwerpunkten des Landes entgegen und gab auf Empfehlung des Europa- und Rechtsausschusses seine Zustimmung. In den vorangegangenen Ausschussberatungen hatten die Abgeordneten insbesondere die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik diskutiert. Weitere Themenschwerpunkte waren geplante rechtliche Maßnahmen für Schutzbedürftige bei Strafverfahren, die Schaffung einer europäischen Staatsanwaltschaft, die geplante Überarbeitung der Verordnung über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke sowie Zivil- und Handelssachen.

Drucksachen 6/1461 und 6/1966

Kommunalverfassung

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN scheiterte am 19. Juni auch in Zweiter Lesung mit einem Gesetzentwurf zur Reform der Kommunalverfassung. Die Novelle war im April ins Parlament eingebracht, eine Beratung in den Ausschüssen vom Landtag aber mehrheitlich abgelehnt worden. In einem solchen Fall sieht die Geschäftsordnung des Landtages vor, dass der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt. Der Entwurf der Grünen sah unter anderem vor, die Unvereinbarkeit von Amt und Mandant festzuschreiben. Hauptamtliche Bürgermeister sollten, um Interessenkonflikte zu vermeiden, nicht mehr zeitgleich Mitglied im Kreistag sein können. Zudem sollten die Voraussetzungen für Bürgerbe-

gehen gemildert und das Zustimmungsquorum für Bürgerentscheide gesenkt werden. Die Ablehnung erfolgte ohne erneute Aussprache.

Drucksache 6/1753

Wohnraum für Studenten

Um bezahlbaren Wohnraum für Studierende zu sichern, ist nach Ansicht der Grünen die finanzielle Unterstützung des Landes notwendig. Mit einem Antrag forderte die Fraktion von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN deshalb die Landesregierung auf, ein Förderprogramm zum Bau von studentischen Wohnheimplätzen aufzulegen und dafür sieben Millionen Euro im Landeshaushalt 2014/2015 bereitzustellen. Nach Auslaufen des Programms solle dann geprüft, ob weiterer Bedarf an Wohnheimplätzen besteht. Der Antrag der Grünen fand im Landtag keine Mehrheit. Auch der Änderungsantrag der Linken, im Bundesrat für ein zusätzliches Bund-Länder-Programm zur Schaffung von bundesweit mindestens 25.000 zusätzlichen Wohnheimplätzen einzutreten, wurde abgelehnt.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/1959

Änderungsantrag DIE LINKE Drucksache 6/2018

Keine Service-Stelle für Kulturförderung

Eine zentrale Service-Stelle, um Bildungs- und Kulturprojekte bei der Beschaffung von Fördergeldern zu beraten und zu unterstützen, wird es in Mecklenburg-Vorpommern nicht geben. Ein entsprechender Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde im Landtag mehrheitlich abgelehnt. Die Linke hatte ihren Vorschlag damit begründet, dass die Finanzierung von Kultur- und Bildungseinrichtungen über Teilnahmegebühren und höhere Teilnehmerzahlen ausgeschöpft sei. Ein zentrales Vermittlungs- und Akquisitionsbüro könne nach dem Vorbild von „Arts & Business“ in Großbritannien als nicht ministerielle Körperschaft bei der Drittmittelakquise helfen. Nach Ansicht der Linken ist das Einwerben von Drittmitteln für Kulturprojekte keine Notlösung, sondern ein wichtiges strategisches Mittel, um die kulturelle Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Drucksache 6/1950

GEMA-Tarifreform

Der Landtag kritisiert die neue GEMA-Tarifstruktur. Diese würde einen Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Vereinen sowie ehrenamtlichen Tätigen und Kulturschaffenden erheblich erschweren, heißt es im Antrag der Fraktionen von CDU und SPD, dem der Landtag mehrheitlich zustimmte. Die mit der Tarifreform verbundene Gebührenerhöhung bedrohe die Existenz vor allem kleinerer Kneipen, Clubs und Diskotheken, aber auch von Kulturschaffenden im Tou-

rismusland Mecklenburg-Vorpommern. Das Zustandekommen der Tarifreform verdeutliche den Bedarf an einer grundlegenden gesetzlichen Reform des Systems der kollektiven Rechtswahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften wie der GEMA. Deshalb soll die Landesregierung auf Bundesebene eine solche Reform unterstützen. Insbesondere müsse es klare Vorgaben zur Repräsentanz aller Wahrnehmungsberechtigten sowie zur Transparenz der Gebührensysteme geben.

Drucksache 6/1953

NPD-Gesetzentwurf abgelehnt

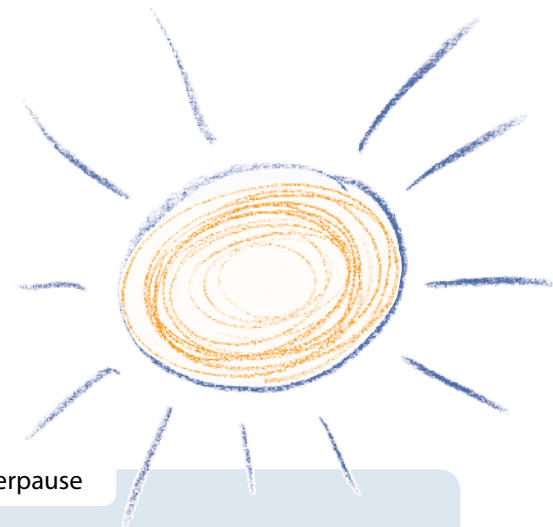
Der Landtag lehnte am 19. Juni mit den Stimmen der demokratischen Fraktionen einen Gesetzentwurf der NPD-Fraktion ab, der Zollbeamten mehr Befugnisse bei der Strafverfolgung zubilligen sollte. Sie sollten in sogenannten Eilfällen „geeignete vorläufige Maßnahmen, wie etwa Festnahme und Identitätsfeststellung“ selbst treffen können. Damit werde der Grenzkriminalität begegnet, hieß es zu Begründung.

Drucksache 6/1748

Immunität aufgehoben

Der Landtag hat am 20. Juni die Immunität des NPD-Landtagsabgeordneten **Tino Müller** aufgehoben. Damit machte das Parlament den Weg frei für einen Strafbefehl der Staatsanwaltschaft Neubrandenburg.

Drucksache 6/2022



Sommerpause

Nach den Plenarsitzungen am 19. und 20. Juni trat der Landtag in die parlamentarische Sommerpause ein. Am 19. August setzen die Fachausschüsse ihre Arbeit fort, die nächste reguläre Plenarsitzung findet am 4. September statt. Die nächste Ausgabe der LandtagsNachrichten erscheint am 9. Oktober.

Zwischenbilanz der Parlamentsarbeit

Landtag verabschiedete in 46 Plenarsitzungen 38 Gesetze bzw. Gesetzesnovellen

Den Schlussakkord der Beratungen in der Juni-Sitzungswoche nahm Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider zum Anlass, um zu Beginn der parlamentarischen Sommerpause eine Zwischenbilanz der bisherigen Arbeit des Landtages in dieser Legislaturperiode zu ziehen. „Auch wenn die Situation im Landtag nicht immer einfach ist und des Öfteren auch sehr emotionale Auseinandersetzungen geführt werden, sind die vorliegenden Zahlen über die Arbeit in dieser Wahlperiode ein Indiz dafür, dass am Ende dieser Auseinandersetzungen auch eine Reihe konkreter Ergebnisse stehen“, so die Landtagspräsidentin. Darüber hinaus zeigten die Zahlen auch, in welcher Intensität die Parlamentsarbeit ablaufe.

In dieser Wahlperiode hat der Landtag in 46 Plenarsitzungen 38 Gesetze bzw. Gesetzesnovellen verabschiedet, darunter so wichtige Vorhaben wie im Juni 2013 das Kindertagesförderungsgesetz und das Sozialhilfefinanzierungsgesetz oder im vergangenen Jahr die Änderung des Schulgesetzes. „Bildung, Werften, Energie und die Finanzausstattung der Kommunen – um nur einige wenige zu nennen – sind die Kernthemen, mit denen sich der Landtag bisher in dieser Wahlperiode auseinandergesetzt hat“, erklärte Bretschneider.

Parlamentsarbeit in Zahlen

Die Gremien des Landtages – einschließlich der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ und des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur „Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung der P+S Werften“ – haben bisher 420 Beratungssitzungen durchgeführt, dem Landtag liegen

in der aktuellen Wahlperiode schon jetzt 2.030 Drucksachen vor, und die Landesregierung hat bisher 1.121 Kleine Anfragen beantwortet. 369 Anträge – darunter drei Volksinitiativen – und 232 Änderungsanträge sowie 1.300 Petitionen wurden abschließend behandelt.

Veranstaltungen und Aktivitäten

Darüber hinaus führte der Landtag eine Reihe von Veranstaltungen durch, vier hochrangige allein im Juni 2013. So waren Parlamentarier der südlichen Ostsee im Rahmen des gleichnamigen Parlamentsforums zu Gast, die 14 Millionen Menschen in der südlichen Ostseeregion repräsentieren. Im Rahmen dieses Parlamentsforums Südliche Ostsee besuchte auch der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz den Landtag.

Wenige Tage zuvor hatte Bundespräsident Joachim Gauck während seines Antrittsbesuchs in Mecklenburg-Vorpommern im Landtag gesprochen.

Am 17. Juni gedachte der Landtag des 60. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953. Im Anschluss an die Gedenkveranstaltung im Mecklenburgischen Staatstheater präsentierten Schülerinnen und Schüler im Plenarsaal ihre Projekte zu diesem historischen Ereignis.

Den Tag der offenen Tür des Landtages Anfang Juni nutzen mehr als 20.000 Besucherinnen und Besucher, um sich über die Arbeit des Parlaments, aber auch über die Fortschritte bei der Sanierung des Schlosses zu informieren.

Zudem führte der Landtag zahlreiche Parlamentarische Abende durch, unterstützte insbesondere Veranstaltungen mit jungen Menschen und empfing eine Reihe hochrangiger ausländischer Delegationen. Auch in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit – insbesondere im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz und der Umweltorganisation der Ostsee-Anrainerstaaten HELCOM – hat sich der Landtag weiter engagiert eingebracht.

Bauen am Schloss

Parallel zur Parlamentsarbeit waren und sind durch die weitere Sanierung des Schlosses und die damit verbundenen Vorhaben ganz besondere Herausforderungen zu bewältigen. Ein wichtiger Meilenstein war Pfingsten 2013 die Wiedereröffnung der restaurierten Schlosskirche nach mehr als zweijähriger Bauzeit. Einen aktuellen Schwerpunkt bilden die Planung und Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen im Schlossgartenflügel mit dem Einbau eines neuen Plenarsaals.

Ausblick

„Nach der parlamentarischen Sommerpause wird es mit dieser Schlagzahl unvermindert weitergehen“, ist sich Sylvia Bretschneider sicher. Dann stünden u.a. die Haushaltsplanung für die Jahre 2014 und 2015 an sowie die Fortsetzung der Beratungen für eine Gerichtsstrukturreform.



Tätigkeitsbericht 2012 des Petitionsausschusses

Der Fachausschuss des Landtages für Anregungen und Beschwerden hat im Jahr 2012 insgesamt Anliegen von 10.700 Bürgerinnen und Bürgern bearbeitet. Der Jahresbericht liegt auch als Publikation vor und kann auf der Internetseite des Landtages heruntergeladen werden. Für eine kostenlose Zusage rufen Sie bitte an:

Rufnummer 0385/525-2113



Der Energieausschuss des Landtages informierte sich im BioEnergie Park Güstrow über die Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen.

Bioenergie

Nachwachsende Rohstoffe im Fokus der Energiewende

Biomasse gewinnt im Rahmen der Energiewende immer mehr an Bedeutung für die Produktion von Strom, Wärme und Treibstoffen. In dieser Überzeugung sah sich der Ausschussvorsitzende Rudolf Borchert durch den Besuch des Energieausschusses bei der NAWARO BioEnergie Park Güstrow GmbH und der Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe e. V. Gülzow bestätigt.

Um sich ein Bild von der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen zu machen, besuchte der Energieausschuss am 12. Juni die NAWARO BioEnergie Park Güstrow GmbH. Mit einer Produktion von ca. 45 Mio. Kubikmetern pro Jahr ist der BioEnergie Park einer der größten Biogaserzeuger. Die Abgeordneten ließen sich über die Verfahrenstechnik, die Wirtschaftlichkeit der Anlage und die Perspektiven der Technologie unterrichten. Während der Besichtigung wurden den Fachpolitikern die Schritte der Gaserzeugung bis zur Netzeinspeisung erläutert. Biogas wird in Güstrow durch mikrobielle Vergärung unter Luftabschluss erzeugt und mittels spezieller Waschtechnologien auf Erdgasqualität veredelt, verdichtet und in das öffentliche Gasnetz eingespeist.

Im Anschluss besuchte der Ausschuss die Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR) in Gülzow. Hauptaufgabe der FNR ist die Koordinierung von Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsprojekten im Bereich nachwachsender Rohstoffe sowie die Betreuung von Forschungsvorhaben. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Forschung und die Finanzierung von Projekten zur Anwendung nachhaltiger Rohstoffalternativen im nationalen und europäischen Kontext. Am Beispiel eines im Bau befindlichen Strohheizkraftwerks für öffentliche Gebäude der Gemeinde wurden konkrete Schritte zum Ausbau der Nutzung nachwachsender Rohstoffe veranschaulicht.

„Die Nutzung von Biomasse gewinnt im Rahmen der Energiewende immer mehr an Bedeutung“, so das Resümee des Ausschussvorsitzenden **Rudolf Borchert**. Gerade Biogas kann seiner Überzeugung nach im Mobilitätsbereich im größeren Umfang fossile Kraftstoffe ersetzen. Dafür müssten

allerdings die Voraussetzungen geschaffen werden. „Zudem entstehen durch den Bau und Betrieb von Biogasanlagen Arbeitsplätze und Wertschöpfung im ländlichen Raum“, nennt der Energieexperte ein weiteres Plus der Nutzung von Biomasse zur Energieerzeugung. Die Gefahr von Monokultur sieht Borchert gegenwärtig nicht. „Letztlich muss man ins öffentliche Bewusstsein rücken, dass derzeit nur vier Prozent der Landesfläche für den Anbau von Energiemais genutzt werden.“

Liebevoll und konsequent

Bildungsausschuss besuchte Förderschule in Behrenhoff

In ihrer Schule stehe Beziehung vor Erziehung vor Bildung, sagte die Schulleiterin der Förderschule „Am Park“ in Behrenhoff beim Treffen mit Bildungspolitikern aus dem Landtag. In der Schule im Landkreis Vorpommern-Greifswald lernen vor allem Schülerinnen und Schüler mit Lernbehinderungen oder Verhaltensproblemen. Auf Anregung der Linksfraktion war der Bildungsausschuss am 13. Juni in Behrenhoff zu Gast, um sich über das Profil und die Arbeitsschwerpunkte der Förderschule zu informieren.

In einer Präsentation stellte Schulleiterin Edeltraut Schmid sowohl die Förderschwerpunkte „Lernen“ und „emotionale und soziale Entwicklung“ als auch Erfahrungen aus dem Schulalltag und der Lehrpraxis vor. In ihrer Schule stehe Beziehung vor Erziehung und Bildung, betonte sie. Basis für Lern- und Entwicklungserfolge seien das Vertrauen zwischen Schülern und Lehrern und das stabile Umfeld der Schule. Dabei fordere das pädagogisch-therapeutische Konzept, die Schüler dort abzuholen, wo sie stehen, die Kinder vorbehaltlos anzunehmen, mit ihnen liebevoll und konsequent umzugehen und sie haltgebend zu erziehen. Dazu gehöre, den Kindern die Liebe und Fürsorge zuteil werden zu lassen, die sie benötigen, ihnen Schutz- und Freiräume zu bieten, Geborgenheit und Freiheit, Vertrauen und Ermunterung sowie Hoffnung und Perspektive zu geben.



Foto: Landtag M-V

Nach einem Rundgang durch die Schule nutzten die Abgeordneten die Gelegenheit, mit der Schulleitung, zwei Schülern und einem Vater ins Gespräch zu kommen und Gesehenes und Gehörtes zu hinterfragen. Die Schulleiterin machte auf Erfolge und Schwierigkeiten ihrer Schule aufmerksam. Sie betonte, dass die Förderschule auch im Zuge der Inklusion bestehen bleiben möchte, um Schülern mit schwierigen Startbedingungen den Weg zu einem glücklichen, erfüllten Leben zu ebnen.

In der Förderschule „Am Park“ werden 141 Schülerinnen und Schüler in 13 Klassen unterrichtet und betreut. In vier Klassen lernen Kinder, die aufgrund einer Lernbeeinträchtigung in ihrer Bildungs-, Entwicklungs- und Lerntätigkeit so eingeschränkt sind, dass sie nicht an anderen allgemeinbildenden Schulen erfolgreich beschult werden können. Neben den bestehenden Klassen der allgemeinen Förderschule gibt es acht schulart- und jahrgangsübergreifende Klassen für erziehungsschwierige Kinder und Jugendliche. Die Schule hat am Modellprojekt „Selbstständige Schule“ teilgenommen. 2010 wurde sie beim Deutschen Schulpreis der Robert-Bosch-Stiftung mit dem Jury-Preis ausgezeichnet.

www.schule-behrenhoff.de



Foto: Landtag M-V

Schulleiterin Edeltraut Schmid (r.) und Mitglieder des Bildungsausschusses beim Rundgang durch die Förderschule „Am Park“ in Behrenhoff.

Zusammenarbeit

Abgeordnete des Landtages vertreten M-V in internationalen Gremien

Die Abgeordneten des Landtages M-V setzen sich auch über die Grenzen Mecklenburg-Vorpommerns hinaus in verschiedenen Gremien, Zusammenschlüssen und projektbezogen für die Interessen des Landes ein. Beispielsweise vertritt der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses **Detlef Müller** Mecklenburg-Vorpommern im EU-Ausschuss der Regionen. **Jochen Schulte** arbeitet in der Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz“ der Ostseeparlamentarierkonferenz mit.



Als MV-Vertreter im EU-Ausschuss der Regionen (AdR) nahm **Detlef Müller** Ende Juni an einer Sitzung des AdR-Wirtschafts- und Sozialausschusses ECOS teil. Dabei ging es u.a. um künftige Förderschwerpunkte der Europäischen Strukturfonds im Agrar- und Fischereisektor.

„Es ist deutlich geworden, dass die EU stärker als bisher in die Innovationsförderung einsteigen wird“, sagte Müller in Anschluss. Vorreiter sei die Steiermark, die vom AdR als „Europäische Unternehmerregion 2013“ ausgezeichnet wurde. 50 Prozent der in der Steiermark erzeugten Wertschöpfung stammen laut Müller aus dem Export. Die Exportquote 2011 von M-V habe mit 28,8 Prozent weit darunter gelegen. „Da wird deutlich, dass wir hier noch aufholen können“, so Müller. Es müsse ein Klima der Innovation geschaffen werden. Das gelte auch für den Agrarsektor. Er sei zuversichtlich, dass das in der neuen EU-Förderperiode gelingen werde, zeigte sich Müller optimistisch.



Um das Thema erneuerbare Energien ging es beim Treffen der Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz“ der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 9. bis 11. Juni auf Bornholm. Der Landtag M-V war durch den Abgeordneten **Jochen Schulte** vertreten.

Thematisch standen Maßnahmen der dänischen Insel im Vordergrund, den eigenen Energiebedarf bis 2025 zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu decken. Zu diesem Zweck hat die Gemeinde das sogenannte „Bright-Green-Island“-Konzept entwickelt, welches Bürger, Politik, Verwaltung und Unternehmen hinter diesem gemeinsamen Ziel vereint. Die Ostseeparlamentarier diskutierten mit Experten unter anderem über energetische Gebäudesanierung, den Einsatz von Elektroautos und intelligente Stromnetze („smart grids“). Die Arbeitsgruppe wird ihren Bericht der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz vorlegen, die vom 25. bis 27. August in Pärnu (Estland) stattfindet.



Der Oktokopter bei Filmaufnahmen im Plenarsaal

Foto: Landtag M-V

Der Landtag im weltweiten Netz

Wikipedianer erkunden Landtag und Schweriner Schloss

So mancher Mitarbeiter der Landtagsverwaltung staunte nicht schlecht, als sich der Helikopter in die Höhe schraubte und über die Plätze der Abgeordneten surrte. Ein Hubschrauber im Plenarsaal? Ja, wenn auch einer im Miniformat. Den Oktokopter – so die korrekte Bezeichnung des Flugobjektes – hatten Wikipedianer gestartet, um für das Online-Lexikon aus einer ungewöhnlichen Perspektive Bilder von Sitzungssaal im Schweriner Schloss aufzunehmen.

Mehr als 40 ehrenamtliche Unterstützer der Internet-Enzyklopädie Wikipedia waren während der Landtagssitzungstage im Juni im Rahmen des Foto-Projektes „Wikipedia im Landtag“ im Schweriner Schloss unterwegs. Im Raum der Landespressekonferenz fotografierten die „Wikipedianer“, wie diese sich selbst nennen, Abgeordnete und Regierungsmitglieder mit dem Ziel, deren Personenartikel auf Wikipedia zu verbessern. Auch Textarbeit leisteten die freiwilligen Helferinnen und Helfer.

Schwerin war die mittlerweile zehnte Station des 2009 initiierten Projektes. Ein Rostocker Fotograf war ebenso mit von der Partie wie Schülerinnen und Schüler aus Schwerin und dem niedersächsischen Melle. Letztere widmeten sich in-

tensiv dem Schweriner Schloss als Gebäude. Denn auch die Wikipedia-Artikel zu dem historischen Bauwerk sollen aufgewertet werden. Die Jugendlichen aus Melle waren als Foto-Arbeitsgemeinschaft ihrer Schule gemeinsam mit einem Lehrer angereist. Am Wochenende nach dem Geschehen in Schwerin waren sie bereits wieder zuhause im Einsatz: Sie dokumentierten die heimische Abitur-Feier.

Doch nicht nur Fotografen und Texter schwirrten durch den Landtag. Auch angehende Kosmetikerinnen aus Springe bei Hannover gehörten zum Team. Sie sorgten mit dafür, dass professionelle Porträtfotos der Abgeordneten entstehen konnten. Viele Abgeordnete des Landtages nutzen das Angebot im LPK-Raum, darunter Fraktionsvorsitzende, Minister und auch der Ministerpräsident. Die Ergebnisse stehen in den meisten Fällen mittlerweile bereits online.

Für dieses Wikipedia-Projekt waren die Unterstützer aus fast allen Bundesländern und sogar aus dem europäischen Ausland angereist. Die weiteste Anfahrt hatte ein Schweizer –



Foto: Landtag M-V

Der Oktokopter wird startklar gemacht.



Der Raum der Landespressekonferenz wurde zum Fotostudio umfunktioniert.

Foto: Landtag M-V

1050 Kilometer! Getragen wurde und wird das Projekt von dem gemeinnützigen Förderverein der Wikipedia „Wikimedia Deutschland“, welcher sich durch Spenden finanziert.

Die drei intensiven Tage im Schloss hatten einen mehrmonatigen Vorlauf. Schon nach einem ersten Besuch in Schwerin reifte bei Projektleiter Olaf Kosinsky die Idee, verschiedene Außentermine in und an weiteren Sehenswürdigkeiten mit dem Landtagsprojekt zu verbinden. Nicht zuletzt mehrere Gebäude, die im Zusammenhang mit der UNESCO-Welterbe-Bewerbung des Schweriner Schlossensembles stehen, wurden besucht, fotografiert und gefilmt. Auch für den Dom nahm sich die Gruppe ausreichend Zeit. Einmal beim Thema „UNESCO-Welterbe“ angelangt, ließen es sich einige Fotografen nicht nehmen, sich zum Doberaner Münster aufzumachen, um auch dieses alsbald im Internet noch gekannter in Szene zu setzen.

Highlight für etliche Teilnehmer wie Beobachter waren in Schwerin indes Film- und Fotoaufnahmen aus der Luft. Denn der von acht Rotoren angetriebene, ferngelenkte Oktokopter drehte nicht nur im Plenarsaal seine Runden, sondern auch über Schloss, Burggarten, Drehbrücke, Marstall, Staatskanzlei und Dom. Auch diese Videos sollen online zur Verfügung stehen. Einige Ausschnitte waren bereits im NDR-Fernsehen zu sehen. Den Medien war nicht verborgen geblieben, was während der Tage im Juni – zusätzlich zum Sitzungsgeschehen – im Schweriner Schloss alles passierte. Die „Wikipedianer“ hatten nach getaner Arbeit Gelegenheit, sich in der Landeshauptstadt von M-V umzuschauen. Bei einer Stadtrundfahrt und einer Tour mit der Weißen Flotte nahmen sie Eindrücke mit, die die meisten von ihnen so kommentierten: Wir kommen wieder!



Fotos: Foto-AG Gymnasium Melle

Die Schülerinnen und Schüler aus Melle begutachten ihre geschossenen Schlossfotos.



Verdienter Lohn nach einem arbeitsreichen Tag – eine Rundfahrt mit der Weißen Flotte.



Die Teilnehmer des Rotary Summer Camps „Discover the north of Germany“ im Plenarsaal des Landtages

Sommergäste

Rotary Summer Camp

Zu Hause sind sie in Italien, Spanien, Polen, Slovenien, Tschechien, ja sogar in Indien oder Australien. Aber für drei Wochen ließen sich die 19 jungen Leute aus elf Ländern in Norddeutschland den Wind um die Nase wehen. Im Rahmen des Rotary Summer Camps „Discover the north of Germany“ waren sie am 26. Juni auch in Schwerin zu Gast. Bei einem Schlossrundgang erfuhren die Jugendlichen eine Menge über die wechselvolle Geschichte der einstigen Herzogsresidenz und seine heutige Nutzung als Sitz des Landesparlamentes. Höhepunkt der Tour waren der Aufstieg in die goldene Kuppel und die Stippvisite im Plenarsaal, wo auch dieses Erinnerungsfoto entstand.

Rotary Summer Camps gibt es in vielen Ländern. Während des dreiwöchigen Programms wohnen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zunächst bei Gastfamilien und dann gemeinsam in einer Jugendherberge. Bei Ausflügen und Unternehmungen lernen sie die Gastregion kennen. Spaß und Unterhaltung kommen dabei nicht zu kurz, sodass die „Summer-Camper“ nicht nur mit vielen Eindrücken und Fotos in ihre Heimatländer zurückkehren, sondern auch neue Freundschaften über Ländergrenzen hinweg geschlossen haben.

Good Governance

Im Rahmen ihres Studienaufenthaltes in Mecklenburg-Vorpommern besuchten 20 junge Leute aus der Ukraine am 27. Juni den Landtag. Ihr Interesse galt natürlich dem Schweriner Märchenschloss, aber in gleichem Maße auch der Landespolitik. Bei ihrem Treffen mit dem SPD-Abgeordneten Tilo Gundlack informierten sich die künftigen Verwaltungsfachleute über Zusammensetzung und Arbeitsweise des Landtages, über das Funktionieren der Großen Koalition und den Einfluss der Bundespolitik auf die Zusammenarbeit von SPD und CDU im Land.

Die jungen Ukrainer studieren in Lemberg am Regionalinstitut der Nationalen Akademie für staatliche Verwaltung und besuchen in Rahmen ihrer Studienfahrt „Good Governance – Erfahrungen und Perspektiven für die Regionen und Kommunen in Deutschland und der Ukraine“ in Deutschland drei Hochschulen, darunter die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege Güstrow und die Fachhochschule Wismar.

Dem Schloss aufs Dach gestiegen

Das haben sich Lisa Ponke und Helene Blasberg dann doch nicht träumen lassen, als sie sich für ein Schülerpraktikum im Landtag M-V bewarben: Dem Schweriner Märchenschloss aufs Dach steigen und aus der Vogelperspektive auf Schwerin schauen! Die beiden 16-Jährigen sind sich einig: Das war im wahrsten Sinne des Wortes der Höhepunkt ihres Praktikums im Landtag M-V. Beide interessieren sich für die Arbeit der Abgeordneten, haben Einblicke in die Ausschussarbeit und in die Landtagsverwaltung bekommen – und sind begeistert von der Architektur des Schlosses. Lisa und Helene besuchen die 10. Klasse des altsprachlichen Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasiums Wuppertal. Zustande gekommen ist der Austausch von Schülerpraktikanten durch die Städtepartnerschaft von Wuppertal und Schwerin und die Schulpartnerschaft mit dem Schweriner Gymnasium Fridericianum.



Fotos: Landtag M-V

Das Schloss nach der Abdankung des Großherzogs Von der Herzogsresidenz zum Zentrum der Demokratie – zwischen diesen beiden Eckpfeilern liegen viele Facetten der wechselvollen Nutzungsgeschichte des Schweriner Schlosses im 20. Jahrhundert noch weitgehend im Dunkeln. Der Journalist Andreas Frost wird für die Landtagsnachrichten in den Archiven stöbern, Fachleute ausfragen und an dieser Stelle in lockerer Folge über seine „Entdeckungen“ berichten.

Foto: Uwe Sinnecker

Folge 9: Von Dampfmaschinen und Robotern hinter historischen Mauern

Motoren surrten, Lichtbögen knisterten, Lämpchen blitzten. Staunend verfolgten nicht nur die Jungen Pioniere, wie eine kleine Dampfmaschine die Transmissionsriemen antrieb, die zu Drehbänken, Stanzen und Ambossen führte. Das Modell der Klingebielschen Fabrik aus dem 19. Jahrhundert war eine der Hauptattraktionen im Polytechnischen Museum in Schwerin. Untergebracht war es im untersten Geschoss auf der Burggarten-Seite des Schlosses zwischen Medaillon- und Weinlaubsaal. Die Orangerie diente ihm in seinen letzten Jahren als Lagerraum. Angeblich kamen zwischen 1961 und 1992 bis zu 76.000 Besucher pro Jahr in das Museum zum Anfassen, einem erfolgreichen Vorläufer der heutigen „Science Center“. Um die Jugendlichen auf anschauliche Art und Weise an Wissenschaft und Technik heranzuführen, beschloss die SED bereits 1958 die Einrichtung von zwölf Polytechnischen Museen in der DDR. Es wurden nur vier, wovon das Schweriner als einziges in der ursprünglich vorgesehenen Form bis zum Ende der DDR durchhielt – vielleicht, weil hier besondere Enthusiasten am Werke waren.

Sogar der Volksbildungsminister reiste zur Eröffnung aus Berlin an. In den Ansprachen hieß es dann, der „mensenbildende Wert der Arbeit“ sei der „Kern der sozialistischen Erziehung“ und der Kapitalismus müsse sowieso „in der Sphäre der materiellen Produktion geschlagen werden“.

Bei der Planung des Museums zog man sogar den Schrottaufragten des Bezirkes hinzu – natürlich nicht als Hauptperson. 10.000 Mark wurden für die Herrichtung der Räume und 35.000 Mark für die Ausstattung bereitgestellt – für damalige Verhältnisse war das viel Geld.

In fünf Ausstellungsräumen präsentierte das Museum dann technische Details und Grundlagen wichtiger Wirtschaftszweige. 264 Schaustücke meldete das Museum 1989 nach Berlin. 28 Mitarbeiter kümmerten sich um die vielen Schulklassen, die sich täglich die Klinke in die Hand gaben. Geschickte Handwerker schufen in der mechanischen Werkstatt immer neue Modelle. Immer wieder bekam das Museum Ausstellungsstücke geschenkt. Mal war es eine Nähmaschine, später auch einige Computer. In den 80er-Jahren begrüßte ein selbst gefertigter Roboter die Besucher. Delegationen aus Ägypten, Frankreich, Bulgarien, Dänemark und von der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend aus Bremen trugen sich ins Gästebuch ein. Der Generalsekretär der Lehrgewerkschaft der Demokratischen Republik Somalia, Ali Hashi Dorreh, war „wirklich bewegt und beeindruckt“.

Allerdings hatte das Museum, das eigentlich nur „vorläufig“ im Schloss unterkommen sollte, längst mit argen Widrigkeiten

zu kämpfen. In den Wänden bildeten sich Risse, einige Säulen senkten sich ab. Die Heizung funktionierte ebenso wenig wie die Lüftung. Die Temperatur schwankte „zwischen acht und 31 Grad“, die Luftfeuchtigkeit betrug „bis zu 96 Prozent“, heißt es in einem internen Vermerk aus den 1980er-Jahren. Manche Besucher und vor allem die Mitarbeiter wähten sich „in einer Tropfsteinhöhle“. Die Exponate litten. Der Elektronenrechner „Minsk“, immerhin in die Kulturgutstufe 1 eingeordnet, sei „dem Verfall preisgegeben“ und ein Schiffsdiesel „stark in Mitleidenschaft gezogen“.

1987 wurde dem Museum der Lagerraum in der Orangerie gesperrt. Zwei Jahre später musste es aus drei weiteren Räumen heraus, weil dort Einsturzgefahr bestand und die Gründungsfeiler des Schlosses untersucht werden sollten. Als Direktor Zielke nachfragte, warum gerade jetzt solch eine Eile damit herrsche, wurde auf Gorbatschow verwiesen. Der sowjetische Reformführer hatte ein verheerendes Eisenbahnunglück in Ufa zum Anlass genommen, dem Schlandrian Einhalt zu gebieten.

Obwohl Ende 1989 auch die Toiletten für Besucher gesperrt wurden, hielt das Polytechnische Museum auch für die vielen neugierigen West-Besucher noch bis zum Herbst 1992 durch. Inzwischen ist die Orangerie komplett saniert und lädt als Sommer-Café zum Verweilen ein. Medaillonsaal und Weinlaubsaal sollen nach ihrer Restaurierung das Schlossmuseum erweitern. Und das Technische Landesmuseum zog nach mehrjährigem Provisorium im Schweriner Marstall um nach Wismar, wo es seit Dezember 2012 als „Phantechnikum“ in die spannende Welt der Technikgeschichte Mecklenburg-Vorpommerns einlädt. Zu den Exponaten dort gehört auch das Modell der Klingebielschen Fabrik, das wie schon 50 Jahre zuvor für Erstaunen und Technikbegeisterung sorgt.

www.phantechnikum.de



Foto: Bundesarchiv (Ralf Pätzold)

Im Rahmen einer Jugendstunde bestaunen Schüler 1982 im Polytechnischen Museum Schwerin einen Roboter.

SOMMERRÄTSEL

Viel Spaß beim Rätseln!

Tragen Sie die richtigen Antwortbuchstaben der Reihe nach in das Lösungsfeld ein. Bei einigen Fragen sind auch mehrere Antworten richtig. Wenn Ihre Lösung etwas mit der Landesverfassung zu tun hat, sind Sie auf der richtigen Spur! Schicken Sie den Lösungssatz an:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Landtagsnachrichten
Lennéstraße 1
19053 Schwerin

Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir attraktive Preise, u.a.:

- ein Fahrrad
- eine Reise ins Schweriner Schloss für zwei Personen mit Essen im Schlosscafé und exklusiver Schlossführung
- exklusive CDs von Preisträgern der Festspiele M-V
- vier Tages-Skitickets inkl. Ausrüstung für je eine Person für das alpincenter Wittenburg
- zwei Gutscheine für jeweils eine Person zum Brunch im Alpincenter Wittenburg
- Bücher, USB-Sticks, Handytaschen, Visitenkarten-Etuis, Schreibsets ...

Nicht teilnahmeberechtigt sind Abgeordnete des Landtages, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, der Fraktionen sowie Wahlkreismitarbeiter von Abgeordneten. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt.

<p>1. Wie viele Abgeordnete hat der Landtag M-V?</p> <p>e) 51 w) 61 d) 71</p>	<p>2. Den Landtag in M-V darf man wählen ab</p> <p>c) 16 e) 18 u) 21</p>	<p>3. Der Landtag M-V wird gewählt für</p> <p>r) 4 Jahre s) 5 Jahre t) 6 Jahre</p>
<p>4. Wie viele Fraktionen gehören dem aktuellen Landtag an?</p> <p>a) 4 i) 5 o) 6</p>	<p>5. Welche Parteien regieren in M-V?</p> <p>t) SPD d) GRÜNE z) CDU</p>	<p>6. Präsidentin des Landtages M-V ist</p> <p>u) Silvia Bretschneider m) Sylvia Bretschneider v) Sylvia Bretschneider</p>
<p>7. Öllstenrat ist plattdeutsch für</p> <p>e) Großelternrat g) Rentnertreff o) Ältestenrat</p>	<p>8. Am 22. September wählen wir</p> <p>e) den Landtag M-V n) den Bundestag a) das EU-Parlament</p>	<p>9. Wie viele Abgeordnete vertreten M-V im Bundestag?</p> <p>d) 14 m) 34 g) 54</p>
<p>10. Wie viele Einwohner hat M-V?</p> <p>h) etwa 3,6 Mio. k) etwa 2,6 Mio. e) etwa 1,6 Mio.</p>	<p>11. Die Verfassung von M-V gibt es in</p> <p>p) Russisch n) Hochdeutsch l) Plattdeutsch</p>	<p>12. Welche Farben kommen in der Landesflagge vor?</p> <p>a) Gelb n) Rot d) Blau</p>



(Adressfeld für Abonnenten)



▶ Auf der Schwimmenden Wiese im Schweriner Burgsee werden bis Ende August elf künstlerische Definitionen eines Lustgartens der Moderne präsentiert. Die ausgestellten Werke von neun Künstlern tragen Titel wie „Naturschutzgebiet“, „GrünZeit“, „Badehaus“ oder „Labyrinth“. An der bundesweiten Ausschreibung für diesen „LustGarten des 21. Jahrhunderts“ hatten sich 111 Künstler aus Deutschland, Österreich und der Schweiz beteiligt.



▶ An der Nordbastion des Schweriner Schlosses prangt seit dem 15. Juni ein großes Plakat gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Neben Fahnen der nun 28 europäischen Mitgliedstaaten sind, umrahmt von den Sternen der Europaflagge, Jugendliche aus ganz Europa zu sehen. Die Idee geht auf die Initiative des von Siegfried Logall gegründeten Vereins „Junge Europäer Demmin e.V.“ zurück. (v.r. Detlef Müller, Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses des Landtages, Ingrid und Siegfried Logall vom Demminer Verein „Junge Europäer“, Bodo Bahr, stellv. Direktor der Landtages)

Am 19 Juli besichtigte Ministerpräsident Erwin Sellering die Baustelle im ehemaligen Festsaal des Schweriner Schlosses, in dem der neue Plenarsaal des Landtages entstehen wird. Gemeinsam mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und Landtagsdirektor Armin Tebben ließ er sich über den aktuellen Stand und die nächsten Schritte der Baumaßnahme informieren. Besonders interessierte den Ministerpräsidenten die künftige Raumgestaltung, so etwa die Anordnung der Sitzplätze der Abgeordneten und Regierungsmitglieder und die Gestaltung der Besucher- und Presseplätze auf den Tribünen. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider bestätigte in dem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten, dass das Jahresende 2016 als gewünschter und geplanter Fertigstellungstermin anvisiert werde.



▶ Am 9. Juli besuchte der Botschafter und ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union in Brüssel, Peter Tempel, den Landtag. Nachdem er am Vormittag bei der Kabinettsitzung der Landesregierung über die neue EU-Förderperiode informiert hatte, wurde dieses Thema auch im Gespräch mit Landtagsvizepräsidentin Beate Schlupp und dem stellvertretenden Mitglied des Europa- und Rechtsausschusses, Jochen Schulte, aufgegriffen. Einig war man sich darin, dass eine reine Betrachtung der von Deutschland an die EU geleisteten Nettozahlungen zu kurz greife. Die Vorteile des gemeinsamen Binnenmarktes sowie der gemeinsamen Währung und deren immense Bedeutung für die hiesige Wirtschaft wären vielen Menschen oftmals nicht bewusst und müssten noch stärker in die öffentliche Wahrnehmung gerückt werden.